

Kantonsrat
Parlamentsdienste

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon +41 32 627 20 79
pd@sk.so.ch

EINLADUNG

an die Mitglieder des Solothurner Kantonsrates

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Einvernehmen mit dem Regierungsrat lade ich Sie ein zur

März-Session

Dienstag, 22. März 2022,	8.30 bis 12.30 Uhr
Mittwoch, 23. März 2022,	8.30 bis 12.30 Uhr
Mittwoch, 30. März 2022,	8.30 bis 12.30 Uhr

in den Kantonsratssal in Solothurn

Solothurn, 10. März 2022

Mit freundlichen Grüssen
Kantonsratspräsidentin
Nadine Vögeli

Hinweise

- Liste der hängigen Kantonsratsgeschäfte (grau unterlegt = spruchreif) S. 2
- Hängige Parlamentarische Vorstösse (grau unterlegt = spruchreif) S. 2
- Mitteilungen S. 41
- Liste der Mitglieder der Ratsleitung und der Mitglieder der Kommissionen S. 42

Präsidentin: Telefon: 079 919 92 87

Liste der hängigen Kantonsratsgeschäfte

KRG-Nr. Geschäft

(zust. Dept.)

I. Wahlprüfungen und Vereidigungen

V 027/2022	Vereidigung von Rebekka Matter-Linder (Grüne, Oekingen) als Mitglied des Kantonsrats (anstelle von Simone Wyss Send)	(KR)
------------	--	------

II. Wahlen

WG 230/2021	Wahl eines Oberrichters oder einer Oberrichterin für den Rest der Amtsperiode 2021-2025	(KR)
WG 028/2022	Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission für den Rest der Amtsperiode 2021-2025 (anstelle von Simone Wyss Send, Grüne)	(KR)

III. Sachgeschäfte, Beschlüsse

SGB 206/2021	Legislaturplan 2021 – 2025 und Vollzugskontrolle zum Legislaturplan 2017 – 2021	(STK)
--------------	---	-------

IV. Rechtsetzungsgeschäfte

RG 029/2022	Verordnung 2 über Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit Covid-19 (HFV 2020) (01)	(VWD)
RG xxx/2022	Gesetz über den öffentlichen Verkehr (ÖVG)	(BJD)

V. Verordnungsvetos, Vernehmlassungen

VI. Volksaufträge

VA 201/2020 (BJD)

Volksauftrag «Klimanotstand im Kanton Solothurn» (03.11.2020)

Die Regierung des Kantons Solothurn anerkennt die Klimakatastrophe als zu bewältigende Krise. Wir beauftragen den Regierungsrat, auf diese Krise zu reagieren, die Gesellschaft kompetent zu informieren und die Voraussetzungen zu schaffen, damit Bevölkerung und Wirtschaft des Kantons aktiv die notwendigen Änderungen mitgestalten. Wir fordern keinen Notstand im institutionellen Sinn - bei dem die demokratischen Rechte des Volkes beschnitten werden - sondern klimagerechtes Handeln. Budgetgestaltung, Gesetze, Massnahmen, Beschlüsse usw. müssen auf das von der Schweiz ratifizierte Welt-Klimaabkommen von 2015 in Paris ausgerichtet werden. Die durchschnittliche Erderwärmung soll 2 Grad Celsius nicht überschreiten, und bis spätestens 2050 sind die CO₂-Emissionen auf netto Null zu senken.

Erneuerbare Energien müssen ab sofort vor CO₂-belastende Investitionen gestellt werden und das Verursacherprinzip muss konsequent durchgesetzt werden.

Unterschriften: 1. Adrian Burki; insgesamt 452 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: 27.04.2021 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 23.09.2021 (schriftlich)

VA 0114/2021 (VWD)

Volksauftrag «Gesetzlich geregelter, kantonaler Mindestlohn für alle Angestellten» (20.05.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat einen Vorschlag für einen gesetzlich geregelten, kantonalen Mindestlohn zu unterbreiten, der folgende Anforderungen erfüllt:

Einen fairen Mindestlohn zum Leben schaffen:

- 1) Für alle im Kanton Solothurn Angestellten mit Vertrag im Stundenlohn oder Monatslohn.
- 2) Ausgenommen vom Mindestlohn sind Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, welche
 - a) ein obligatorisches, zeitlich befristetes Praktikum im Rahmen einer vom Kanton oder vom Bund anerkannten Ausbildung absolvieren,
 - b) jünger als achtzehn Jahre alt sind und während der Ferienzeit ihrer schulischen Hauptbeschäftigung einen Ferienjob ausüben,
 - c) Lernende in anerkannten Lehrbetrieben sind, oder
 - d) gemäss Art. 4 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz) als Familienmitglieder in Familienbetrieben von den Bestimmungen des Arbeitsgesetzes ausgenommen sind.
- 3) Branchenübergreifend.
- 4) Der Schutz vor Armut trotz Erwerbstätigkeit bietet.
Brutto Stundenlohn von mindestens 25 Franken (= 4'200 Franken/Monat bei 100

Unterschriften: 1. Corina Bolliger; insgesamt 100 beglaubigte Unterschriften

Stellungnahme RR: 25.10.2021 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 02.12.2021 (schriftlich)

VA 0211/2021 (BJD)

Volksauftrag «Eine Solaranlage für jedes Gebäude»

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die gesetzliche Grundlage zu schaffen, dass öffentliche Neubauten, Neubauten sowie bestehende, auf Dauer ausgelegte Bauten und Anlagen bei einer Dach-Komplettisanierung mit Anlagen zur Nutzung der Solarenergie auszustatten sind, sofern das Kosten-Nutzen-Verhältnis über die Lebensdauer positiv ist.

Für öffentliche Bauten soll dies ab sofort eingeführt werden. Bei privaten Gebäuden ist eine Übergangsfrist von 10 Jahren vorgesehen. Die Verantwortung für die Installation liegt beim Gebäudeeigentümer. Zur Finanzierung soll ein zinsloses Darlehen vom Kanton zur Verfügung stehen, falls die Investitionskosten nicht vom Eigentümer getragen werden können.

Begründung (10.11.2021): schriftlich.

Unterschriften: 1. Lukas Lütolf; insgesamt 343 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

VA 009/2022 (DBK)

Volksauftrag «Stopp Optiso! Retten wir die Sonderschulung am Blumenhaus Buchegg!»

Der Kantonsrat des Kantons Solothurn wird aufgefordert, alle rechtlichen und politischen Massnahmen zu ergreifen, um das Chaos und die Willkür von Optiso+ zu unterbinden und um bewährte Sonderschulstrukturen (etwa im Blumenhaus Buchegg oder in anderen Sonderschulinstitutionen) zu erhalten.

Begründung 10.01.2022: schriftlich.

Unterschriften: 1. Rémy Wyssmann; insgesamt 641 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

VII. Planungsbeschlüsse

VIII. Parlamentarische Initiativen

IX. Aufträge

A 209/2020 (BJD)

Auftrag Michael Ochsenbein (CVP, Luterbach): Einen grossen Wurf in der Rückhaltung von Wasser umsetzen (04.11.2020)

Der Regierungsrat wird beauftragt, innert 20 Jahren Massnahmen in Infrastruktur und Organisation umzusetzen, um den Grossteil des anfallenden Meteorwassers rückhalten zu können, insbesondere um folgende Ziele zu realisieren:

- Wasser zu Verdunstungszwecken zurückhalten, damit Wasserkreisläufe auch in trockenen Phasen erhalten und gewährleistet werden können.
- Wasser zu Bewässerungszwecken zurückhalten, damit die Land- und Forstwirtschaft in trockenen Phasen auf genügend Wasser zurückgreifen kann.
- Wasser zurückhalten, um den Grundwasserspiegel in trockenen Phasen stabil halten zu können, um die Trinkwasserversorgung zu sichern.
- Wasser zu Kühlzwecken zurückhalten. Durch das Verdunsten von Wasser entstehen wichtige Kühleffekte, insbesondere in Hitzemonaten.
- Wasser in Weihern und Biotopen als Lebensraum und Vernetzung von Lebensräumen zurückhalten.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Michael Ochsenbein, 2. Georg Nussbaumer, 3. Edgar Kupper, Johannes Brons, Peter Brotschi, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Fabian Gloor, Karin Kissling, Sandra Kolly, Peter Kyburz, Dieter Leu, Josef Maushart, Tamara Mühleemann Vescovi, Stephanie Ritschard, Thomas Studer, Bruno Vögtli, Marie-Theres Widmer (18)

Stellungnahme RR: 06.04.2021 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 23.09.2021 (schriftlich)

A 220/2020 (STK)

Auftrag Fraktion CVP/EVP/glp: Modernisierung und Digitalisierung der politischen Gremien im Kanton Solothurn (11.11.2020)

Das Gemeindegesetz, das Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz und das Kantonsratsgesetz sollen so angepasst werden, dass Beschlussfassungen der Exekutive auf kommunaler (inkl. Zweckverbände) wie kantonaler Ebene und der (legislativen) Kommissionen auch in Abwesenheit der Behördenmitglieder, also entweder auf dem Zirkularweg oder durch gleichzeitige virtuelle Präsenz (Telefon- oder Videokonferenz) gefasst werden können. Zudem sollen auch die Sitzungs- führung und -vorbereitung, wo immer möglich und sinnvoll, digitalisiert werden.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Fabian Gloor, 2. Thomas Lüthi, 3. Michael Ochsenbein, Peter Brotschi, Alois Christ, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Nicole Hirt, Karin Kissling, Sandra Kolly, Edgar Kupper, Peter Kyburz, Dieter Leu, Josef Maushart, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Thomas Studer, Bruno Vögli, Susan von Sury-Thomas, Jonas Walther, Marie-Theres Widmer, André Wyss (22)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 236/2020 (STK)

Auftrag Justizkommission: Kosten im verwaltungsinternen und verwaltungsgerichtlichen Beschwerdeverfahren (8.12.2020)

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Anpassung des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen zu prüfen, mit der die Kostenfolgen für beschwerdeführende Parteien, welche mit ihrer Beschwerde in erster Linie öffentliche oder eine Vielzahl von Menschen betreffende Interessen verfolgen, reduziert werden könnten.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Daniel Urech, 2. Johanna Bartholdi, 3. Alois Christ, Josef Fluri, Martin Flury, Urs Huber, Karin Kissling, Michael Kummli, Dieter Leu, Matthias Racine, Urs Unterlerchner, Nadine Vögeli, Rémy Wyssmann (13)

Stellungnahme RR: 05.07.2021 (schriftlich)

Stellungnahme JUKO: 04.11.2021 (schriftlich)

A 013/2021 (BJD)

Auftrag Fraktion SP/junge SP: Reduktion von risikoreichen Pestiziden durch Vorsorge auf Bundesebene (27.1.2021)

Der Regierungsrat setzt sich beim Bund für eine wirkungsvolle Reduktion des Einsatzes risikoreicher Pestizide ein, insbesondere durch eine restriktive Zulassung und Anwendung und eine angepasste Agrarpolitik.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Mathias Stricker, 2. Marianne Wyss, 3. Markus Ammann, Matthias Anderegg, Markus Baumann, Remo Bill, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Karin Kälin, Thomas Marbet, Mara Moser, Stefan Oser, Matthias Racine, Franziska Rohner, Anna Rüefli, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (18)

Stellungnahme RR: 28.06.2021 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 23.09.2021 (schriftlich)

A 014/2021 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Angebotsplanung Projekt optiSO+ (27.1.2021)

Die geplanten Massnahmen im Projekt optiSO+ sind im Bereich der Angebotsplanung zu überdenken.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Peter Brotschi, 2. Remo Bill, 3. Hubert Bläsi, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Markus Baumann, Alois Christ, Patrick Friker, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Urs Huber, Stefan Hug, Karin Kälin, Josef Maushart, Mara Moser, Tamara Mühlemann Vescovi, Michael Ochsenbein, Stefan Oser, Matthias Racine, Franziska Rohner, Anna Rüefli, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, Susan von Sury-Thomas, Marianne Wyss, Nicole Wyss, Simone Wyss Send (29)

Stellungnahme RR: 15.06.2021 (schriftlich)

Stellungnahme BIKUKO: 29.09.2021 (schriftlich)

A 034/2021 (STK)

Auftrag Rolf Sommer (SVP, Olten): Offenlegung der Entschädigungen (3.3.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, mit der die nötigen verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden, dass alle Entschädigungen, welche an Mitglieder der Leitungs- und Aufsichtsorgane der mittelbaren Verwaltung auf kantonaler, überkommunaler und kommunaler Ebene fliessen (wie Honorare, Löhne, Auslagen, etc.), öffentlich bekannt gemacht werden müssen, soweit nicht zwingende Bestimmungen des Bundesrechts entgegenstehen.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Rolf Sommer, 2. Rémy Wyssmann, 3. Markus Dick, Matthias Borner, Roberto Conti, Peter M. Linz, Christine Rütli (7)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 035/2021 (FD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Massnahmenplan zur Verbesserung der Kantonsfinanzen (3.3.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, einen neuen Massnahmenplan auszuarbeiten, um die Finanzen des Kantons nachhaltig zu stabilisieren und zu verbessern. Jene Massnahmen, welche in der Kompetenz des Regierungsrates liegen, müssen rasch möglichst umgesetzt werden.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Daniel Probst, 2. Richard Aschberger, 3. Michael Ochsenbein, Philippe Arnet, Johanna Bartholdi, Matthias Borner, Hans Büttiker, Karin Büttler-Spielmann, Daniel Cartier, Enzo Cessotto, Roberto Conti, Markus Dick, Markus Dietschi, Tobias Fischer, Martin Flury, Pat-rick Friker, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Walter Gurtner, Peter Hodel, Sibylle Jeker, Michael Kumli, Kevin Kunz, Beat Künzli, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Peter M. Linz, Marco Lupi, Josef Maushart, Verena Meyer-Burkhard, Stefan Nünlist, Martin Rufer, Christine Rütli, Christian Scheuer-

meyer, Andreas Schibli, Christoph Scholl, Markus Spielmann, Thomas Studer, Heiner Studer, Christian Thalman, Urs Unterlerchner, Bruno Vögtli, Christian Werner, Mark Winkler, Hansueli Wyss, Rémy Wyssmann (47)

Stellungnahme RR: 14.09.2021 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 24.11.2021 (schriftlich)

A 110/2021 (VWD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Natur- und umweltverträgliche Freizeitgestaltung auf der Aare ermöglichen (12.05.2021)

Es ist ein Schutz- und Nutzungskonzept (inkl. Sensibilisierungskampagnen) für die Aare-Abschnitte Lüsslingen-Solothurn und Feldbrunnen-Flumenthal zu erarbeiten. Dies unter Einbezug aller Anspruchsgruppen. Gleichzeitig hat der Regierungsrat beim Bundesrat ein Gesuch einzureichen, das entsprechende Objektblatt bei nächster Gelegenheit zu revidieren bzw. anzupassen.

Begründung 12.05.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Urs Unterlerchner, 2. Matthias Anderegg, 3. Michael Ochsenbein, Markus Ammann, Philippe Arnet, Johanna Bartholdi, Samuel Beer, Remo Bill, Heinz Flück, Martin Flury, Christian Ginsig, Fabian Gloor, David Häner, Rolf Jeggli, Freddy Kreuchi, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Marco Lupi, Matthias Meier-Moreno, Simon Michel, Tamara Mühlemann Vescovi, Stefan Nünlist, Georg Nussbaumer, David Plüss, Daniel Probst, Martin Rufer, Simone Rusterholz, Christine Rütli, Patrick Schlatter, Beat Späti, Mathias Stricker, Susan von Sury-Thomas, Hansueli Wyss, Rémy Wyssmann (34)

Stellungnahme RR: 25.10.2021 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 27.01.2022 (schriftlich)

A 112/2021 (STK)

Auftrag Anna Engeler (Grüne, Olten): Sicherstellung einer Alternative zur Nutzung der SwissID für den Zugriff auf elektronische Dienstleistungen im Kanton Solothurn (12.05.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, der Bevölkerung einen alternativen Zugang zur Nutzung der privatwirtschaftlichen Lösung der SwissSign Group (SwissID) für den Zugriff auf die kantonalen E-Portale zur Verfügung zu stellen.

Begründung 12.05.2021: schriftlich

Unterschriften: 1. Anna Engeler, 2. Janine Eggs, 3. Barbara Wyss Flück, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, David Gerke, Daniel Urech, Simone Wyss Send (9)

Stellungnahme RR: 24.08.2021 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 06.09.2021 (schriftlich)

A 139/2021 (BJD)

Auftrag Mark Winkler (FDP.Die Liberalen, Witterswil): Abschaffung der Steuerbefreiung für Elektrofahrzeuge und Solarfahrzeuge (06.07.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Besteuerung aller Motorfahrzeuge unabhängig von der Antriebsart einzuführen. Die Steuerbemessung soll die Fahrzeuge gleich behandeln, beispielsweise nach Fahrzeuggewicht mit einer Mindeststeuer pro Fahrzeugart. Basis dieser Steuer soll die heutige Minimalsteuer der entsprechenden Fahrzeugkategorie mit fossilem Antrieb sein.

Begründung 06.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Mark Winkler, 2. Georg Lindemann, 3. Richard Aschberger, Philippe Arnet, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Tobias Fischer, Josef Fluri, Martin Flury, Patrick Friker, Kuno Gasser, David Häner, Rolf Jeggli, Sibylle Jeker, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Kevin Kunz, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Marco Lupi, Matthias Meier-Moreno, Andrea Meppiel, Simon Michel, Tamara Mühlemann Vescovi, Stefan Nünlist, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, David Plüss, Philippe Ruf, Christine Rützi, Patrick Schlatter, Rolf Sommer, Beat Späti, Markus Spielmann, Christian Thalmann, Urs Unterlerchner, Bruno Vögtli, André Wyss, Hansueli Wyss, Rémy Wyssmann (41)

Stellungnahme RR: 23.11.2021 (schriftlich)

Stellungnahme JUKO: 27.01.2022 (schriftlich)

A 140/2021 (DDI)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Biometrische Fotos auf Grenzgänger- und Ausländerausweisen (06.07.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, beim Bund zu intervenieren, dass Fotos für Grenzgänger- und Ausländerausweise nicht ausschliesslich in den Kantonen gemacht werden können, wo die Antragsteller wohnen oder wo der Sitz des Arbeitgebers ist.

Begründung 06.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Mark Winkler, 2. Markus Spielmann, 3. Stefan Nünlist, Philippe Arnet, Daniel Cartier, Martin Flury, David Häner, Freddy Kreuchi, Barbara Leibundgut, Marco Lupi, Simon Michel, David Plüss, Martin Rufer, Beat Späti, Urs Unterlerchner, Hansueli Wyss (16)

Stellungnahme RR: 23.11.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 142/2021 (KR)

Auftrag Fraktion CVP/EVP: Überprüfung des Wahlverfahrens der kantonalen Beamten und Beamtinnen (07.07.2021)

Die Regierung und die Ratsleitung werden beauftragt, die Vorbereitung, die Art und den Zeitpunkt der Wahlen der kantonalen Beamten und Beamtinnen zu überprüfen und allenfalls notwendig erscheinende Änderungen inkl. der nötigen Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen vorzuschlagen.

Begründung 07.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Patrick Friker, 2. Patrick Schlatter, 3. Marie-Theres Widmer, Rea Eng-Meister, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Rolf Jeggli, Karin Kissling, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Tamara

Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Sarah Schreiber, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, André Wyss (18)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 144/2021 (STK)

Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Kantonsratswahlen sollen an einem abstimmungsfreien Sonntag durchgeführt werden (07.07.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dafür besorgt zu sein, dass die Kantonsratswahlen zukünftig an einem abstimmungsfreien Sonntag durchgeführt werden.

Begründung 07.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Susan von Sury-Thomas, 3. Kuno Gasser, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Fabian Gloor, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Patrick Schlat-ter, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Benjamin von Däniken, Marie-Theres Widmer (19)

Stellungnahme RR: 23.11.2021 (schriftlich)

Stellungnahme JUKO: 27.01.2022 (schriftlich)

A 147/2021 (STK)

Auftrag Rémy Wyssmann (SVP, Kriegstetten): Verschleppung von Zugangsgesuchen verhindern (07.07.2021)

§ 35 InfoDG ist neu mit einem Absatz 3 wie folgt zu ergänzen:

Erfolgt innert einer Frist von 40 Tagen keine verbindliche Stellungnahme im Sinne einer Gutheis-sung, Einschränkung, Aufschiebung oder Abweisung des Zugangsgesuchs gilt der Zugangsanspruch als anerkannt.

Begründung 07.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Rémy Wyssmann, 2. Tobias Fischer, 3. Rolf Sommer, Richard Aschberger, Johannes Brons, Markus Dick, Thomas Giger, Sibylle Jeker, Andrea Meppiel, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Urs Unterlerchner (12)

Stellungnahme RR: 02.11.2021 (schriftlich)

Stellungnahme JUKO: 27.01.2022 (schriftlich)

A 148/2021 (VWD)

Auftrag David Gerke (Grüne, Biberist): Kantonale Kompetenz zur Bewilligung des Schall-dämpfers auf der Jagd ausschöpfen (07.07.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, insbesondere aus Gründen des Lärmschutzes den Spielraum gemäss Artikel 3 der eidgenössischen Jagdverordnung (JSV) zur Erteilung von Bewilligungen für die Verwendung von Schalldämpfern bei der Jagd zur Verhütung von Wildschäden auszuschöpfen.

Begründung 07.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. David Gerke, 2. Simone Wyss Send, 3. Anna Engeler, Janine Eggs, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Christof Schauwecker, Daniel Urech, Barbara Wyss Flück (10)

Stellungnahme RR: 21.12.2021 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 27.01.2022 (schriftlich)

A 152/2021 (FD)

Auftrag Matthias Anderegg (SP, Solothurn): Einkommenssteuerpflicht für kleine Photovoltaikanlagen entfällt (07.07.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt private Betreiber und Betreiberinnen von kleinen Photovoltaikanlagen mit einer Leistung bis zu 20 Kilowatt (kW) von der Einkommenssteuerpflicht für die Erträge aus diesen Anlagen zu befreien. Es sind die dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.

Begründung 07.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Matthias Anderegg, 2. Mathias Stricker, 3. Silvia Fröhlicher, Richard Aschberger, Corina Bolliger, Heinz Flück, Marco Lupi, Georg Nussbaumer, Daniel Probst, Beat Späti, Nadine Vögeli (11)

Stellungnahme RR: 23.11.2021 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 12.01.2022 (schriftlich)

A 180/2021 (STK)

Auftrag Karin Kissling (CVP, Wolfwil): Stellvertretung des Friedensrichters durch anderen Friedensrichter (01.09.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die §§ 4 Abs. 2 und Abs. 3 des Gesetzes über die Gerichtsorganisation dahingehend zu ändern, dass als Stellvertreter eines Friedensrichters ein anderer Friedensrichter amtiert.

Begründung 01.09.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Karin Kissling, 2. Susanne Koch Hauser, 3. Michael Ochsenbein, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Rolf Jeggli, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Daniel Nützi, Patrick Schlatter, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Bruno Vögtli, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, Marie-Theres Widmer, André Wyss (20)

Stellungnahme RR: 18.01.2022 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 181/2021 (BJD)

Auftrag Richard Aschberger (SVP, Grenchen): Littering endlich so bestrafen, damit es eine Wirkung erzielt (01.09.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, §169 des Gesetzes über Wasser, Boden und Abfall (GWBA) - auch Anhang III «Liste der Ordnungsbussen (§ 49 Absatz 1) und Mindestinhalt der Formulare (§ 49 Absatz 4)» der Verordnung über Wasser, Boden und Abfall zur AWA (VWBA; BGS 712.16) - und eventuell nötige so anzupassen, dass nicht nur Geldstrafen möglich sind bei Littering, sondern beispielsweise auch Sozialstunden als Sanktion.

Begründung 01.09.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Richard Aschberger, 2. Nicole Hirt, 3. Thomas Giger, Samuel Beer, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Josef Fluri, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Thomas Lüthi,

Matthias Meier-Moreno, Andrea Meppiel, Philippe Ruf, Philippe Ruf, Christine Rütli, Nadine Vögeli, Jonas Walther, Rémy Wyssmann (19)

Stellungnahme RR: 18.01.2022 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 184/2021 (DDI)

Auftrag fraktionsübergreifend: Veröffentlichung der Standorte von stationären und semistationären Radaranlagen im Kanton Solothurn (08.09.2021)

Der Regierungsrat wird gebeten, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Kantonspolizei Solothurn einmal wöchentlich die Standorte der stationären und semistationären Geschwindigkeitsmessanlagen veröffentlichen kann.

Begründung 08.09.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Urs Unterlerchner, 2. Richard Aschberger (2)

Stellungnahme RR: 06.12.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 217/2021 (VWD)

Auftrag Fraktion glp: Schaffung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen für Photovoltaikanlagen (PVA) (10.11.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten, um gesamtkantonal einen minimalen und langfristig stabilen Rücklieferatarif (Energie und Herkunftsnachweise [HKN]) für die Einspeisung von Solarstrom zu erarbeiten. Die Höhe des Rücklieferatarifes muss sich an den durchschnittlichen Gestehungskosten der Solarenergie in Abhängigkeit zur Grösse der Photovoltaikanlage orientieren. Der Kanton Solothurn garantiert investitionsfreundliche Rahmenbedingungen, die Solothurner (Private und Firmen) nehmen das Geld in die Hand und realisieren die Energiewende.

Begründung 10.11.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Samuel Beer, 2. Jonas Walther, 3. Simone Rusterholz, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Richard Aschberger, Remo Bill, Matthias Borner, Markus Dick, Janine Eggs, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Heinz Flück, Martin Flury, Myriam Frey Schär, David Gerke, Christian Ginsig, David Häner, Nicole Hirt, Urs Huber, Stefan Hug, Rolf Jeggli, Kevin Kunz, Adrian Läng, Barbara Leibundgut, Marco Lupi, Thomas Lüthi, Simon Michel, Stefan Nünlist, Georg Nussbaumer, Daniel Probst, Stephanie Ritschard, Werner Ruchti, Martin Rufer, Farah Rummy, Christine Rütli, Christof Schauwecker, Patrick Schlatter, Beat Späti, Markus Spielmann, Mathias Stricker, Thomas Studer, Daniel Urech, Mark Winkler, Marianne Wyss, Nicole Wyss, Hansueli Wyss, Barbara Wyss Flück (49)

Stellungnahme RR: 18.01.2022 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 219/2021 (BJD)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Harmonisierung der Bestimmungen bei Enteignung (10.11.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Vorlage zur Anpassung der kantonalen Rechtsgrundlagen für Enteignungen auszuarbeiten, damit die Entschädigung bei vom Kanton vorgenommenen Enteignungen mit denjenigen des Bundes harmonisiert werden.

Begründung 10.11.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Martin Rufer, 2. Markus Spielmann, 3. Stefan Nünlist, Philippe Arnet, Johanna Bartholdi, Daniel Cartier, Martin Flury, Thomas Fürst, David Häner, Freddy Kreuchi, Michael Kumpli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, David Plüss, Daniel Probst, Christian Thalman, Mark Winkler, Hansueli Wyss (18)

Stellungnahme RR: 24.01.2022 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 223/2021 (BJD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Keine Zugsausfälle auf Kosten des Kantons Solothurn (17.11.2021)

Der Regierungsrat soll beauftragt werden, sich dafür einzusetzen, dass die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) die Leistungen fahrplangemäss erbringt und deutlich weniger Intercity-Zugsausfälle im Kanton Solothurn zulässt.

Begründung 17.11.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Fabian Gloor, 2. Freddy Kreuchi, 3. Nicole Wyss, Johanna Bartholdi, Simon Bürki, Janine Eggs, Rea Eng-Meister, Simon Esslinger, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Patrick Friker, Silvia Fröhlicher, Kuno Gasser, Philipp Heri, Stefan Hug, Rolf Jeggli, Karin Kälin, Karin Kissling, Edgar Kupper, Georg Lindemann, Thomas Lüthi, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, Christine Rütli, Christof Schauwecker, Patrick Schlatter, Markus Spielmann, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Bruno Vögtli, Susan von Sury-Thomas, Jonas Walther, Marie-Theres Widmer, Marianne Wyss, Barbara Wyss Flück, Simone Wyss Send (38)

Stellungnahme RR: 18.01.2022 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 240/2021 (VWD)

Auftrag Marlene Fischer (Grüne, Olten): Ladeinfrastruktur für Elektromobilität fördern (08.12.2021)

Der Kanton Solothurn prüft die Förderung des Ausbaus öffentlich zugänglicher und privater Ladeinfrastruktur, insbesondere in Mehrparteiegebäuden. Dabei definiert er die Förderbedingungen sowie Minimalanforderungen und Zusatzkriterien für eine Abstufung der Förderbeiträge.

Begründung 08.12.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. Richard Aschberger, 3. Samuel Beer, Markus Ammann, Remo Bill, Janine Eggs, Myriam Frey Schär, Patrick Friker, Kuno Gasser, Christian Ginsig, Nicole Hirt, Stefan Hug, Susanne Koch Hauser, Thomas Lüthi, Georg Nussbaumer, Philippe Ruf, Farah Romy, Simone Rusterholz, Mathias Stricker, Daniel Urech, Susan von Sury-Thomas, Jonas Walther, Marianne Wyss, Barbara Wyss Flück, Simone Wyss Send (25)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 241/2021 (BJD)

Auftrag Marlene Fischer (Grüne, Olten): Ladeinfrastruktur für Elektromobilität: Rahmenbedingungen schaffen (08.12.2021)

Der Kanton Solothurn passt die Baugesetzgebung entsprechend den Empfehlungen des SIA-Merkblatts 2060 «Infrastruktur für Elektrofahrzeuge in Gebäuden» an.

Begründung 08.12.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. Richard Aschberger, 3. Samuel Beer, Markus Ammann, Remo Bill, Janine Eggs, Anna Engeler, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Patrick Friker, Silvia Fröhlicher, Kuno Gasser, Christian Ginsig, Philipp Heri, Nicole Hirt, Stefan Hug, Susanne Koch Hauser, Thomas Lüthi, Georg Nussbaumer, Farah Rummy, Simone Rusterholz, Christof Schauwecker, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Daniel Urech, Susan von Sury-Thomas, Jonas Walther, Marianne Wyss, Barbara Wyss Flück, Simone Wyss Send (30)

Stellungnahme RR: 08.03.2022 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 245/2021 (BJD)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Schaffung einer Rechtsgrundlage für das Grundpfandrecht auf die Abwasserkosten (15.12.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Vorlage zur Sicherstellung des gesetzlichen Grundpfandrechts ohne Eintragung zugunsten der Gemeinden auf die Kosten für die «Abwassergebühr» und die «Grundgebühr Abwasser» auszuarbeiten.

Begründung 15.12.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Freddy Kreuchi, 2. Barbara Leibundgut, 3. Johanna Bartholdi, Martin Flury, Thomas Fürst, David Häner, Michael Kummli, Georg Lindemann, Marco Lupi, Simon Michel, Stefan Nünlist, David Plüss, Martin Rufer, Beat Späti, Markus Spielmann, Christian Thalmann, Urs Unterlerchner, Mark Winkler, Hansueli Wyss (19)

Stellungnahme RR: 22.02.2022 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 247/2021 (BJD)

Auftrag Janine Eggs (Grüne, Dornach): Förderung von autofreien und autoarmen Wohnbebauungen (15.12.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, um autofreie und autoarme Wohnbebauungen zu fördern.

Begründung 15.12.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Janine Eggs, 2. Barbara Wyss Flück, 3. Heinz Flück, Anna Engeler, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, David Gerke, Daniel Urech, Simone Wyss Send (9)

Stellungnahme RR: 08.03.2022 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

AD 013/2022 (DDI)

**Dringlicher Auftrag Josef Fluri (SVP, Mümliswil): Hände weg von unseren Kindern!
(25.01.2022)**

Der Regierungsrat wird beauftragt, die vom Volksschulamt (VSA) verfügte obligatorische Teilnahme an repetitiven Coronatests für sämtliche Kinder, Lehrpersonen und Schulpersonal an den Solothurner Primarschulen per sofort aufzuheben.

Begründung 25.01.2022: schriftlich.

Unterschriften: 1. Josef Fluri, 2. Beat Künzli, 3. Kevin Kunz, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Tobias Fischer, Sibylle Jeker, Adrian Läng, Werner Ruchti, Silvia Stöckli (11)

Stellungnahme RR: 22.02.2022 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 02.03.2022 (schriftlich)

AD 014/2022 (DDI)

**Dringlicher Auftrag Beat Künzli (SVP, Laupersdorf): Hände weg von unseren Kindern
(25.01.2022)**

Der Regierungsrat wird beauftragt, die vom Volksschulamt (VSA) verfügte Maskenpflicht an den Solothurner Primarschulen per sofort zu beenden.

Begründung 25.01.2022: schriftlich.

Unterschriften: 1. Beat Künzli, 2. Josef Fluri, 3. Adrian Läng, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Tobias Fischer, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Werner Ruchti, Silvia Stöckli, Rémy Wyssmann (13)

Stellungnahme RR: 22.02.2022 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 02.03.2022 (schriftlich)

A 016/2022 (DBK)

**Auftrag Fraktion Grüne: Rahmenbedingungen für das Führen von Tagesschulen schaffen
(25.01.2022)**

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Schaffung von geeigneten gesetzlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für das Führen von Ganztageschulen respektive integrierten Tagesschulen durch die Träger der öffentlichen Schulen (Volksschule) zu prüfen und die nötigen Schritte aufzuzeigen.

Begründung 25.01.2022: schriftlich.

Unterschriften: 1. Barbara Wyss Flück, 2. Heinz Flück, 3. Daniel Urech, Janine Eggs, Anna Engeler, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, David Gerke, Christof Schauwecker, Simone Wyss Send (10)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 021/2022 (BJD)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Bewilligungsfreier Ersatz von fossilen Heizungen (26.01.2022)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die kantonale Gesetzgebung so anzupassen, dass die Bewilligungshürden beim Ersatz fossiler Heizungen durch andere Energieträger beseitigt werden, der Spielraum durch übergeordnetes Recht ist auszuschöpfen. Insbesondere ist die Baubewilligungspflicht bei der Installation von Wärmepumpenanlagen ohne Tiefenbohrung beim Heizungsersatz zu beseitigen, analog dem Meldeverfahren bei der Erstellung von Photovoltaikanlagen.

Begründung 26.01.2022: schriftlich.

Unterschriften: 1. Markus Spielmann, 2. Mark Winkler, 3. Stefan Nünlist, Martin Flury, Thomas Fürst, David Häner, Barbara Leibundgut, Simon Michel, David Plüss, Beat Späti, Christian Thalmann, Urs Unterlerchner (12)

Stellungnahme RR: 08.03.2022 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 023/2022 (VWD)

Auftrag David Gerke (Grüne, Biberist): Einführung eines Hegebeitrages zur Förderung der Solothurner Fischerei; Anpassung des kantonalen Fischereigesetzes (26.01.2022)

Im kantonalen Fischereigesetz ist die rechtliche Grundlage für die Einführung eines Hegebeitrages für Bezüger von Angelfischereipatenten zu schaffen.

Begründung 26.01.2022: schriftlich.

Unterschriften: 1. David Gerke, 2. Simone Wyss Send, 3. Anna Engeler, Janine Eggs, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Christof Schauwecker, Barbara Wyss Flück (9)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

X. Interpellationen

I 254/2020 (STK)

Interpellation André Wyss (EVP, Rohr): «Beziehungen des Kantons Solothurn zu China» (15.12.2020)

Der Kanton Solothurn verfügt über Freundschaftsverträge mit den Provinzen Gansu (seit 2010) und Heilongjiang (seit 2015). Die kantonale Wirtschaftsförderung betreibt in diesem Zusammenhang die Website <https://china.so.ch>. Die Beziehung des Kantons Solothurn zur Volksrepublik China geht auf die Initiative der Hochschule für Wirtschaft FHNW zurück. Die ersten Kontakte liegen bereits 25 Jahre zurück. Gemäss Presseberichten pflegte Hochschuldirektor Ruedi Nützi langjährige gute Beziehungen zu Parteisekretär Wang Xiankui.

Eine Woche nach der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags mit Heilongjiang wurde bekannt, dass in dieser chinesischen Provinz Andersdenkende teils besonders brutal verfolgt werden. Amnesty International lagen mehrere verifizierte Foltervorwürfe vor. Menschen wurden gekidnappt, gefoltert und viele starben an den Folgen. In einem Bericht der SZ vom 3.10.2015 hiess es von Seiten der Regierung, dass sie von den Vorwürfen nichts gewusst habe. Sie nehme die Angelegenheit aber sehr ernst und werde diese sofort nach den Herbstferien Ende Oktober zum Thema machen. Zu welchem Schluss man nach einer Prüfung der Vorwürfe vonseiten der Falun-Gong-Bewegung kommen werde, sei noch völlig ungewiss. Man könne sich aber vorstellen, im Rahmen einer solchen Partnerschaft neben den rein wirtschaftlichen Interessen künftig auch Menschenrechtsfragen zu thematisieren.

In den fünf Jahren, die seit diesen Aussagen vergangen sind, hat sich aufgrund verschiedener Presseberichte gezeigt, dass das teils brutale Vorgehen der kommunistischen Partei Chinas kein Einzelfall ist. In einer anderen Provinz (Xinjiang) sind Millionen von Uiguren und Kasachen in Lagern interniert, wo sie systematisch unterdrückt werden (siehe u.a. Bericht in der SZ vom 11.12.2020). Weitere bekannte Beispiele sind die Vorgehensweisen in Hong Kong und Taiwan. Die kommunistische Partei Chinas scheint also keineswegs gewillt, dem Wunsch des Westens im Sinne von «Wandel durch Handel» zu entsprechen. China ist ein autoritäres Regime, das regelmässig die Menschenrechte verletzt.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stuft der Regierungsrat heute diese Beziehung zu den beiden chinesischen Provinzen ein? Welchen Nutzen hat der Kanton Solothurn dadurch? Welche Nachteile (Kosten, Verpflichtungen o.ä.) sind bisher entstanden bzw. entstehen?
2. Welche Kontakte fanden in den letzten Jahren mit welchen Zielen statt?
3. Was ist der Inhalt der beiden Verträge mit Gansu und Heilongjiang? Ist der Text der Verträge für die Öffentlichkeit zugänglich? Wenn nein, warum nicht?
4. Was hat die Regierung seit Oktober 2015, also seit dem Bekanntwerden der Foltervorwürfe von Amnesty International, in dieser Sache unternommen? Zu welchen Schlüssen ist die Regierung in ihren Abklärungen gekommen?
5. Wurden im Kontakt mit den beiden befreundeten chinesischen Provinzen die Menschenrechte thematisiert? Wenn ja, was hat sich daraus ergeben? Wenn nein, warum nicht?
6. Sieht der Regierungsrat heute Handlungsbedarf in Bezug auf die Beziehungen zu China? Wenn ja, welchen? Wenn nein, warum nicht?
7. Welche Art von Menschenrechtsverletzungen wäre für den Regierungsrat ein Grund, die Freundschaftsverträge zu beenden?

Begründung 15.12.2020: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Marie-Theres Widmer, 3. Thomas Lüthi, Karin Büttler-Spielmann, Kuno Gasser, Nicole Hirt, Susanne Koch Hauser, Edgar Kupper, Peter Kyburz, Tamara Mühlemann

Vescovi, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, Thomas Studer, Bruno Vögtli, Susan von Sury-Thomas (15)

Stellungnahme RR: 25.10.2021 (schriftlich)

I 135/2021 (BJD)

Interpellation Heinz Flück (Grüne, Solothurn): Planungs- und Realisierungstau für Velowege? (06.07.2021)

Auch der Kanton Solothurn hat erkannt, dass die Förderung des Veloverkehrs eine wichtige öffentliche Aufgabe ist. Bereits vor der Abstimmung über den Bundesbeschluss Velo im Jahr 2018 hatte der Kantonsrat am 27. Januar 2016 den Auftrag «Der Regierungsrat wird beauftragt, den Netzplan Velo zu einem Konzept für den Langsamverkehr zu überarbeiten, der die Velorouten von kantonaler Bedeutung bezeichnet» erheblich erklärt. Am 1. April 2020 hatte das AVT einen vollamtlichen Leiter Langsamverkehr angestellt. Am 23. Juni 2020 hatte der Kantonsrat das neue Strassengesetz verabschiedet. Dieses ist seit dem 1. Januar 2021 in Kraft. Es regelt die Finanzierung von Velowegen von kantonaler Bedeutung und hält fest: «Der Regierungsrat bezeichnet die Velowege von kantonaler Bedeutung». Gemäss Zitat im SZ/OT vom 15. Mai 2021 äusserte sich der Leiter des AVT, dass Resultate der Planung für die Velowege von kantonaler Bedeutung erst Ende 2022 erwartet werden können. Für das vorgesehene doch sehr bescheidene Investitionsvolumen von jährlich max. 2 Millionen Franken erscheint diese Planungsphase sehr lang.

Wir bitten deshalb den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Stand des Plans Velowege von kantonaler Bedeutung – sowohl für den Alltags- wie auch für den Freizeitverkehr?
2. Warum verzögert sich die Fertigstellung bis mindestens Ende 2022?
3. Können einzelne unbestrittene Netzelemente bereits planerisch konkretisiert und vorgezogen umgesetzt werden?
4. Welche Vorkehrungen werden getroffen, um nach Fertigstellung des gesamten Netzplans Ende 2022 nicht weitere Jahre durch Detailplanung, Bewilligungsverfahren usw. zu verlieren?
5. Für welche konkreten Projekte wird das im Strassengesetz vorgesehene jährliche Investitionsvolumen von 0.5 – 2 Millionen Franken im Jahr 2021 eingesetzt? Was ist im Voranschlag 2022 vorgesehen?
6. Wie wird die Koordination für Velorouten, welche die Kantonsgrenzen überschreiten, sichergestellt?
7. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um die Planung und Umsetzung des kantonalen Velowegnetzes zu beschleunigen?
8. Wird der Regierungsrat mit dem Erstellen des Velowegnetzes von kantonaler Bedeutung auch Zielwerte zur Wirkung – wie z.B. einen konkreten Beitrag zur Verlagerung des Modalsplits – planen?

Begründung 06.07.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Heinz Flück, 2. Christof Schauwecker, 3. Daniel Urech, Janine Eggs, Anna Engeler, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, David Gerke, Barbara Wyss Flück, Simone Wyss Send (10)

Stellungnahme RR: 28.09.2021 (schriftlich)

I 138/2021 (BJD)

Interpellation Marlene Fischer (Grüne, Olten): Baustoffrecycling und Verwendung von Recyclingbaustoffen - Quo vadis? (06.07.2021)

Bauabfälle (Betonabbruch, Mischabbruch, Strassenaufbruch, Ausbauasphalt, usw.) haben mit ca. zwei Dritteln den grössten Anteil am produzierten Abfallvolumen der Schweiz. Die Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (VVEA) sieht deshalb vor, dass Bauabfälle möglichst vollständig zu verwerten sind. Durch die Verwertung von Bauabfällen werden Recyclingbaustoffe (RC-Baustoffe) hergestellt. Auch aus Elektroofenschlacke (EOS), welches als Nebenprodukt beim Stahlrecycling anfällt, kann ein bautechnisch wertvolles EOS-Granulat hergestellt werden.

Durch den Einsatz von RC-Baustoffen bei Bauvorhaben können die knappen Kies- und Sandressourcen geschont, die Landschaften geschützt, die Stoffkreisläufe geschlossen und die zu deponierenden Bauabfälle minimiert werden.

Im Jahr 2014 fielen im Kanton Solothurn 230'000 m³ mineralische Bauabfälle an. Davon wurden 86% recycelt. Von allen im Jahr 2014 im Kanton Solothurn verbauten Baustoffen (877'000 m³) lag der Anteil der RC-Baustoffe jedoch nur bei 31%. In der kantonalen Baustoffrecycling-Strategie 2016 wurde dementsprechend das „Problem der wachsenden Haufen“ benannt – nämlich, dass Recycling-Betriebe teilweise auf ihren RC-Baustoffen sitzen bleiben.

Als Grund für die geringe Nachfrage wurde v.a. die mangelnde Akzeptanz gegenüber RC-Baustoffen genannt. Dass heute qualitätsgeprüfte RC-Baustoffe anstelle von «Hausmischungen» verfügbar sind, ist oft genauso unbekannt, wie dass RC-Beton dank stetiger Forschung und Weiterentwicklung der letzten 30 Jahre heutzutage nahezu die gleichen Eigenschaften aufweist wie Primärbeton. Einerseits gibt es in der Schweiz 1'690 Minergie-Eco-zertifizierte Gebäude mit mindestens 50% RC-Beton, darunter 17 im Kanton Solothurn. Andererseits fehlt Bauherren oft der Mut zur Wahl innovativer Baustoffe – obwohl RC-Beton tendenziell günstiger ist als Primärbeton, es CO₂-reduzierten Zement (z.B. CEM III/B) gibt und RC-Beton durch vorgängige Prüfung auf Referenzflächen auch für Sichtbetonbauteile in Frage kommen. Auch im Strassenbau wurde dieses Jahr eine Best Practice Guideline für Ausbauasphalt und Einsatz von Niedertemperaturasphalt erarbeitet (Kies für Generationen). Diese zeigt auf, welche Recyclinganteile im Asphaltmischgut eingesetzt werden können.

2019 hatte RC-Beton einen schweizweiten Marktanteil von nur ca. 15%. CO₂-reduzierter Zement ist ein Nischenphänomen. Zudem wurde im Kanton Thurgau kürzlich festgestellt, dass die Verwertung der RC-Baustoffe zu rund drei Vierteln in loser Form erfolgt, was einem «Downcycling» entspricht. Dabei geht es schon längst anders: In der Stadt Zürich werden seit 2005 alle öffentlichen Gebäude mit RC-Beton gebaut, mit einem Anteil von ca. 90% RC-Beton am Gesamtbetonvolumen. Seit 2015 wird zudem CO₂-reduzierter Zement eingesetzt.

Auch der Kanton Solothurn hat sich mit der Baustoffrecycling-Strategie 2016 zumindest qualitativ einer Vorreiterrolle verschrieben («Einsatz von RC-Baustoffen als Standard für öffentliche Neubauten»).

Der Regierungsrat wird deshalb um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche Bauabfälle (inkl. EOS) fallen in welcher Menge im Kanton Solothurn aktuell an?
2. Welche Bauabfälle (inkl. EOS) werden in welcher Menge im Kanton Solothurn aktuell deponiert?
3. Welche Bauabfälle (inkl. EOS) werden in welcher Menge im Kanton Solothurn aktuell wiederverwendet und recycelt?
4. Wie gross ist aktuell der Anteil von verwendeten RC-Baustoffen (inkl. EOS-Granulat) bei Bauvorhaben im Kanton Solothurn (aufgeschlüsselt nach Art RC-Baustoff, Hochbau/Tiefbau/Strassenbau, Verwendungszweck)? Welchen Anteil hat dabei direkt vor Ort wiederverwendeter Strassenaufbruch? Welchen Anteil hat dabei die Verwendung von RC-Baustoffe (inkl. EOS-Granulat) in loser Form?
5. Gibt es konkrete Bauprojekte der öffentlichen Hand, wo der Einsatz von EOS-Granulat vorgesehen ist? Wenn ja, welche? Wenn nein, weshalb nicht?

6. Gibt es konkrete Bauprojekte der öffentlichen Hand, wo der Einsatz von CO₂-reduziertem Zement vorgesehen ist? Wenn ja, welche? Wenn nein, weshalb nicht?
7. Für welche Materialien und Verwendungszwecke ist eine Erhöhung des Anteils der RC-Baustoffe bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand möglich, zweckmässig und angestrebt?
8. Wie wird die Verwendungsempfehlung für RC-Baustoffe bei öffentlichen Bauvorhaben aktuell durchgesetzt und kontrolliert (qualitativ/quantitativ, Planung/Ausführung)?
9. Übernimmt der Kanton Solothurn zeitnah die höheren Ausbauphaseanteile der Best Practice Guideline und falls ja, wann fliesst dies in die ersten Ausschreibungen ein?
10. Wie beurteilt der Regierungsrat die Umwandlung der qualitativen Verwendungsempfehlungen für RC-Baustoffe in quantitative, zwecks- und materialgebundene Vorgaben bei Bauprojekten der öffentlichen Hand?

Begründung 06.07.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. Freddy Kreuchi, 3. Thomas Lüthi, Matthias Anderegg, Samuel Beer, Matthias Borner, Janine Eggs, Anna Engeler, Rea Eng-Meister, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, David Gerke, David Plüss, Sarah Schreiber, Beat Späti, Markus Spielmann, Mathias Stricker, Daniel Urech, Jonas Walther, Barbara Wyss Flück, Simone Wyss Send (21)

Stellungnahme RR: 25.10.2021 (schriftlich)

I 145/2021 (BJD)

Interpellation Fraktion Grüne: Road Security Inspections (RSI) im Kanton Solothurn (07.07.2021)

Mit der Road Security Inspection (RSI) existiert ein Hilfsmittel, Strassen, Strassenabschnitte oder einzelne Objekte im Strassenraum (z.B. Streifen für Fussgänger und Fussgängerinnen) auf ihr Sicherheitsniveau systematisch zu analysieren und gegebenenfalls notwendige Massnahmen zur Behebung von Sicherheitsmängeln zu treffen.

Mithilfe von RSI können Strasseneigentümer und Strasseneigentümerinnen dem gesetzlichen Auftrag der Verkehrssicherheit nachkommen (Art. 6a Abs. 1 nach dem Strassenverkehrsgesetz SVG). Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) empfiehlt, RSI in regelmässigen Abständen durchzuführen.

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen zur Thematik der RSI und analogen/ähnlichen Strassensicherheitsinspektionsprogrammen im Kanton Solothurn:

1. Existiert ein Programm, welches sicherstellt, dass Kantonsstrassen mittels RSI oder ähnlichen Strassensicherheitsinspektionsprogrammen analysiert werden? Falls ein solches Inspektionsprogramm existiert, bitte ich um Bekanntmachung davon.
2. In welcher Regelmässigkeit werden an neuralgischen Stellen RSI/andere Strassensicherheitsinspektionsprogramme durchgeführt?
3. Wodurch werden RSI/Strassensicherheitsinspektionsprogramme im Kanton Solothurn ausgelöst?
4. Wie werden Stellen, welche ein erhöhtes Sicherheitsrisiko aufweisen, identifiziert? Falls solche Stellen bereits identifiziert wurden, bitte ich um eine Auflistung davon.
5. Wer führt im Kanton Solothurn RSI/Strassensicherheitsinspektionsprogramme durch?
6. Über die Solothurner Kantonsstrassen führen zahlreiche gekennzeichnete Velowege von SchweizMobil: wie werden diese Strassenabschnitte in Bezug auf Strassensicherheit überprüft und beurteilt?
7. Wann wurde die Gempenstrasse zwischen Dornach und Gempen, welche regelmässig durch Verkehrssicherheitsdefizite auffällt, letztmals mittels RSI oder einem ähnlichen Strassensicherheitsinspektionsprogramm analysiert? Was waren die Erkenntnisse davon? Welche Massnahmen wurden getroffen?

Begründung 07.07.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Christof Schauwecker, 2. Daniel Urech, 3. Heinz Flück, Janine Eggs, Anna Engeler, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, David Gerke, Barbara Wyss Flück, Simone Wyss Send (10)

Stellungnahme RR: 21.09.2021 (schriftlich)

I 182/2021 (DDI)

Interpellation Fabian Gloor (CVP, Oensingen): Ist die Erreichbarkeit der Notrufnummern noch gewährleistet? (08.09.2021)

In einer Notsituation kann jede Minute entscheidend sein. Die lückenlose und einfache Erreichbarkeit der Blaulichtorganisation ist ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheit in der Schweiz und im Kanton Solothurn. Leider kam es in den vergangenen Monaten und Jahren bei den Notfallnummern schweizweit gehäuft zu mehreren Pannen und teilweise zu flächendeckenden Ausfällen, die auch den Kanton Solothurn betrafen. In der Bevölkerung lösen diese Vorkommnisse berechtigterweise Unbehagen aus und es stellen sich zahlreiche Fragen in diesem Zusammenhang:

1. Wann traten in den Jahren 2020 und 2021 Ausfälle der Notrufnummern im Kanton Solothurn bzw. bei den Solothurner Blaulichtorganisationen auf?
2. Wie gehen die Solothurner Blaulichtorganisationen heute bei einem Ausfall vor, um die Erreichbarkeit (wieder) sicherzustellen?
3. Wie ist der Kanton in Überlegungen des Bundes einbezogen, um die Probleme sowie die Auswirkungen der gehäuften Ausfälle wieder in den Griff zu bekommen? Und welches sind die möglichen Massnahmen, um dem Problem der Ausfälle zu begegnen?
4. Plant der Kanton eine eigene Infrastruktur als Redundanz (zweites Notrufsystem) aufzubauen?
5. Wie ist der Kanton involviert in die Weiterentwicklung der Notfallsysteme (z.B. barrierefreie Notfall-App usw.) der Schweiz?

Begründung 08.09.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Fabian Gloor, 2. Susanne Koch Hauser, 3. Karin Kissling, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Kuno Gasser, Rolf Jeggli, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Daniel Nützi, Patrick Schlatter, Thomas Studer, Bruno Vögtli, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, Marie-Theres Widmer (16)

Stellungnahme RR: 25.10.2021 (schriftlich)

I 183/2021 (DDI)

Interpellation Freddy Kreuchi (FDP.Die Liberalen, Balsthal): Umzug Rettungsdienststandort soH von Balsthal nach Oensingen (08.09.2021)

Die Solothurner Spitäler AG (soH) betreibt drei Rettungsdienststandorte im Kanton Solothurn, wodurch die notfallmedizinische Patientenversorgung rund um die Uhr sichergestellt werden soll. Bis zum Juni des laufenden Jahres waren die Rettungsfahrzeuge der soH in Solothurn, Olten und Balsthal stationiert. In einer Nacht- und Nebelaktion wurde einer der Standorte im vergangenen Juli von Balsthal nach Oensingen verlegt, was aus Sicht der amtierenden Thaler Gemeindepräsidenten und der Bevölkerung im Thal nicht nachvollziehbar ist. Daher bitten wir den Regierungsrat, als Vertretung des Alleinaktionärs höflich um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche strategischen Überlegungen der Solothurner Spitäler AG (soH) führten zum Umzug des Rettungsdienststandortes von Balsthal nach Oensingen? Wieso wurden die Meinungen der betroffenen Gemeinden im Thal nicht, wie üblich, vorgängig abgeholt?
2. Im Zusammenhang mit der damaligen Schliessung des Bezirksspitals Niederbipp (BE) wurde den Thaler Gemeinden die Stationierung des Rettungswagens in Balsthal zugesichert. Warum hält sich die Solothurner Spitäler AG nicht an diese Zusicherung?

3. Konnte das Mietverhältnis für die Räumlichkeiten am Standort Balsthal fristgerecht aufgelöst werden? Wenn nein, welche Kostenfolge hatte dies für die Solothurner Spitäler AG?
4. Hat die Solothurner Spitäler AG den abendlichen Stau in der Klus und die damit verbundene schwerwiegende Behinderung der Rettungsfahrzeuge in die Entscheidungsfindung für den Umzug des Rettungsdienststandortes miteinbezogen?
5. Kann die Solothurner Spitäler AG die notfallmedizinische Patientenversorgung des Bezirks Thal auch in den staubelasteten Abendstunden gewährleisten? Wie kann die notfallmedizinische Patientenversorgung im Bezirk Thal gewährleistet werden, wenn die Klus aufgrund eines Ereignisses (z.B. Brand) für Fahrzeuge nicht passierbar ist?
6. Der Rettungswagen muss 90 Prozent der Bevölkerung innerhalb von 15 Minuten erreichen. Im Thal bzw. in einzelnen Thaler Gemeinden ist dies nun nicht mehr der Fall. Ist sich der Solothurner Regierungsrat dessen bewusst?
7. Wie stehen die Mitglieder des Solothurner Regierungsrats zum Entscheid, den Rettungsdienststandort von Balsthal nach Oensingen zu verlegen?

Begründung 08.09.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Freddy Kreuchi, 2. Edgar Kupper, 3. Christine Rütli, Johanna Bartholdi, Josef Fluri, Rolf Jeggli, Beat Künzli, Georg Lindemann (8)

Stellungnahme RR: 2.11.2021 (schriftlich)

I 187/2021 (DDI)

Interpellation fraktionsübergreifend: Zukunft des Gesundheitspersonals im Kanton Solothurn (08.09.2021)

Das Gesundheitswesen steht zukünftig vor grossen Herausforderungen. Die bereits bestehenden beruflichen Herausforderungen und Problemstellungen haben sich während der Pandemie zunehmend manifestiert. Zudem wird festgestellt, dass der Personalnotstand vor allem beim Pflegepersonal auffällt.

Arbeitsbelastung und Qualifikation sind wichtige Determinanten der Behandlungsqualität in Gesundheitsinstitutionen.

Vom Gesundheitspersonal werden Faktoren wie Zeitdruck, Schichtarbeit, Emotionsarbeit und organisatorische Probleme genannt, die für den Stress im Pflegeberuf verantwortlich sind. Bei dem bereits bestehenden, massiven Pflegepersonal-mangel verstärkt sich die Arbeitsunzufriedenheit der Mitarbeitenden des Gesundheitssystems kontinuierlich. Dies führt zu psychischen Belastungen des Gesundheitspersonals. Zudem wird der frühzeitige Berufsaustritt häufig mit der immer stärker werdenden beruflichen Überbelastung begründet.

Wenn Gesundheitsfachpersonen ein überdurchschnittliches Mass an Berufsaustritten vorweisen, obwohl sie gerne in der Gesundheitsversorgung arbeiten würden, müssen Massnahmen eingeleitet werden.

Die Patientensicherheit muss in Zukunft weiterhin gewährleistet bleiben. Insbesondere in Anbetracht der steten Zunahme an Multi- und Co-Morbiditäten ist dies eine zusätzliche Herausforderung in der immer komplexer werdenden Pflegesituation.

Anhand der Registered Nurse Forecasting (RN4CAST)-Studie (2014) zu «Personalbesetzung, Ausbildungsniveau und Mortalität» ist festzuhalten, dass je mehr Patienten eine Pflegefachperson zu betreuen hat, umso höher liegt das Sterberisiko. Pro Patient, den eine Pflegefachperson nach einem chirurgischen Standardeingriff zusätzlich zu betreuen hat, steigt das Risiko, dass ein Patient innerhalb von 30 Tagen im Spital stirbt, um sieben Prozent. Je mehr Pflegefachpersonen mit Tertiär-Abschluss, umso niedriger das Sterberisiko. Pro zehn Prozent mehr Pflegefachpersonen mit Tertiär-Abschluss sank das Sterberisiko um sieben Prozent.

Laut dem Bericht des schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (2016) müssen bis ins Jahr 2030 somit schätzungsweise schweizweit 65'000 zusätzliche Pflegepersonen angestellt werden: 29'000 Pflegepersonen der Tertiärstufe, 20'000 Pflegepersonen der Sekundarstufe II (EFZ und EBA) und

16'000 Personen ohne formale Ausbildung. Hinzu kommen zwischen 2014 und 2030 weitere 44'000 Pflegepersonen, die infolge von Pensionierungen ersetzt werden müssen.

Im Jahr 2010 haben die Mitgliedstaaten der World Health Organization (WHO), darunter auch die Schweiz, einen globalen Kodex für die grenzüberschreitende Anwerbung von Gesundheitsfachkräften verabschiedet. Dieser ruft die Länder namentlich auf, ihre Abhängigkeit von im Ausland ausgebildeten Gesundheitsfachkräften einzuschränken. Ziel ist es, dass jedes Land für die Ausbildungskosten des Personals aufkommt, das es beschäftigt.

Um diese Anforderungen zu erfüllen, muss der Kanton Solothurn seinen Beitrag erfüllen, um eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung langfristig zu gewährleisten. Aus diesen Gründen wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist der Regierung das Problem des aktuellen und des zukünftigen Personalmangels sowie des dringlichen Nachwuchsbedarfs im Gesundheitswesen bewusst? Welche Handlungsstrategien und Massnahmen gedenkt er hierzu zu entwickeln? Welche zukünftigen Herausforderungen sind zu erwarten? Wie wird der Kanton beim herrschenden Personalmangel die Patientensicherheit gewährleisten?
2. Wie schätzt die Regierung die Gesundheitsversorgung bis ins Jahr 2030 ein, und hat der Kanton Solothurn eine Strategie, um eine nachhaltige Gesundheitsversorgung bis ins Jahr 2030 zu gewährleisten? Wie wird die Gesundheitsversorgung sichergestellt?
3. Wie erklärt sich der Kanton den erheblichen Abgang des Gesundheitspersonals in den Gesundheitsinstitutionen im Kanton Solothurn, sowie die kurze Verweildauer im Beruf?
4. Welche Massnahmen wurden bereits getroffen, um dem erhöhten Abgang des Gesundheitspersonals aus dem Beruf entgegenzusteuern und die Arbeitsbedingungen zu verbessern?
5. Wird bereits ein Verfahren zur Ermittlung des Personalbedarfs oder der Festlegung der Personalrichtwerte eingesetzt?
6. Die WHO arbeitet zurzeit an einer globalen Strategie über die personellen Ressourcen für die Gesundheit bis ins Jahr 2030. Wie beabsichtigt der Kanton Solothurn seinen Beitrag dazu zu leisten, um dem drohenden Personalmangel entgegenzusteuern?
7. Welche Herausforderungen zeigen sich in der Planung und Umsetzung, und wo werden bei den Interventionen die Prioritäten gelegt?
8. Wie wird die nachhaltige Entwicklung im Ausbildungsbereich forciert?
9. Welche Strategie wird der Kanton Solothurn verfolgen, um das Personal und die Gesundheitsinstitutionen zu stärken und den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten, so dass zukünftig auf Care Migrantinnen und Personal aus dem Ausland verzichtet werden kann?
10. Welche Schritte sind notwendig, um das Gesundheitswesen nachhaltig zu stärken, das eigene Personal zu fördern und zu schützen, damit sich die Berufsaustritte reduzieren?

Begründung 08.09.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Farah Romy, 2. Urs Unterlerchner, 3. Nadine Vögeli, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Richard Aschberger, Remo Bill, Corina Bolliger, Matthias Borner, Simon Esslinger, Heinz Flück, Silvia Fröhlicher, Walter Gurtner, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Barbara Leibundgut, Franziska Rohner, Philippe Ruf, Christof Schauwecker, Mathias Stricker, Daniel Urech, Marianne Wyss, Nicole Wyss, Barbara Wyss Flück (26)

Stellungnahme RR: 08.11.2021 (schriftlich)

I 207/2021 (VWD)

Interpellation Philippe Ruf (SVP, Olten): Inkorrekte Zahlengrundlage im Finanz- und Lastenausgleich 2022 (09.11.2021)

In der Session des 31. August 2021 wurde dem Kantonsrat das Geschäft über die Steuerungsgrössen im Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden für das Jahr 2022 vorgelegt. Der vorgelegten Antragsvariante waren jedoch die Differenzaufstellungen der Indikatoren nicht beigelegt. Die Nachvollziehbarkeit gestaltete sich indes als schwierig, respektive unmöglich; dies wurde entsprechend im Kantonsrat eingebracht und die Zahlen angezweifelt.

Am 2. September 2021 wurden die Indikatoren erneut per E-Mail beim dafür zuständigen Amt angefragt (E-Mail Philippe Ruf an Thomas Steiner, Leiter Gemeindefinanzen/Chef Stv. Amt für Gemeinden [AGEM]), worauf ein paar Tage später die Indikatoren für den Verlauf der damaligen Woche versprochen wurden. Am 15. September 2021 wurden an die Gemeinden die neuen Beiträge (nicht die Indikatoren) kommuniziert (https://so.ch/fileadmin/internet/vwd/vwd-agem/pdf/finanzausgleich/FILA/Schreiben_FILA_Budget_2022.pdf). Jedoch weichen die Zahlen (https://so.ch/fileadmin/internet/vwd/vwd-agem/pdf/finanzausgleich/FILA/Tabelle_1_-_FILA2022_V2.pdf) stark von dem im Kantonsratsgeschäft angegebenen Zahlenfundament (vgl. RG 0131/2021) ab.

Der Ablauf bestätigt die im Kantonsrat eingebrachte Befürchtung, dass die Zahlengrundlage des im Kantonsrat abgehandelten Geschäfts inkorrekt war. Viele Gemeinden hatten bereits mit deutlich abweichenden Zahlen budgetiert. (Erst) nach erneutem Nachhaken wurden die Ausgleichszahlungen stark verändert (die Differenzaufstellung der Indikatoren jedoch immer noch nicht veröffentlicht).

Beispiel Solothurn:

Vorlage Kantonsratsgeschäft vom 31. August 2021:

Arbeitsmarktlicher Lastenausgleich: 3'591'562 Franken (Härtefallausgleich Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF): 0 Franken)

Korrektur nach Aufforderung der Offenlegung der Indikatoren am 15. September 2021:

Arbeitsmarktlicher Lastenausgleich: 2'749'588 Franken (Härtefallausgleich STAF: 0 Franken)

Differenz: - 841'974 Franken

Beispiel Olten:

Vorlage Kantonsratsgeschäft vom 31. August 2021:

Arbeitsmarktlicher Lastenausgleich: 2'544'870 Franken (Härtefallausgleich STAF: 1'552'469 Franken)

Korrektur nach Aufforderung der Offenlegung der Indikatoren am 15. September 2021:

Arbeitsmarktlicher Lastenausgleich: 3'154'619 Franken (Härtefallausgleich STAF: 1'552'469 Franken)

Differenz: + 609'749 Franken

Wir bitten den Regierungsrat, zu vorliegendem Sachverhalt nachfolgende Fragen zu beantworten:

1. Eine Veränderung der zugrundeliegenden Indikatoren zu jenem Zeitpunkt ist unrealistisch. Wie kommen die plötzlichen Abweichungen zustande?
2. Wie gewährleistet das Departement künftig die Richtigkeit der Daten? Gibt es Audits dazu?
3. Die Indikatoren werden offensichtlich zurückgehalten. Weshalb?
4. Werden die zugrundeliegenden Indikatoren den Gemeinden sowie dem Kantonsrat künftig transparent mitversandt?

Begründung 09.11.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Philippe Ruf, 2. Thomas Giger, 3. Richard Aschberger, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Tobias Fischer, Josef Fluri, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Beat Künzli, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Stephanie Ritschard, Rolf Sommer, Rémy Wyssmann (18)

Stellungnahme RR: 23.11.2021 (schriftlich)

I 208/2021 (DDI)

Interpellation Richard Aschberger (SVP, Grenchen): Schwerverkehrskontrollen im Kanton Solothurn (10.11.2021)

Nach diversen Zeitungsberichten und der generellen Aktualität betreffend Lastkraftwagen (LKW)/Transportgewerbe/Schwerverkehrskontrollen, bitte ich um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie gross ist der Anteil ausländischer Fahrzeuge bei den beanstandeten und aus dem Verkehr gezogenen Fahrzeugen?
2. Um welche Mängel handelt es sich hauptsächlich?
3. Wie läuft die Bussenregelung bei diesen ausländischen Transporteuren ab?
4. Genügen aus Sicht der Regierung die zurzeit möglichen Sanktionierungsmassnahmen?

Begründung 10.11.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Richard Aschberger, 2. Matthias Borner, 3. Roberto Conti, Walter Gurtner (4)

Stellungnahme RR: 30.11.2021 (schriftlich)

I 209/2021 (BJD)

Interpellation Richard Aschberger (SVP, Grenchen): Fragen zur Fahrzeugkontrollschilder-Thematik im Kanton Solothurn (10.11.2021)

Fast jeder Kanton hat betreffend Kontrollschilder-Thematik andere Vorgaben und Ziele. Einige Kantone bieten Wunschschilder an, andere versteigern bestimmte Nummern. In einigen Kantonen ist die Übertragung von Kontrollschildern problemlos möglich, bei anderen kostet es zusätzlich Geld, je nach Tiefe der Nummer. Einige Kantone behalten diverse Nummern für sich selber, beispielsweise für Repräsentationsfahrzeuge, Einsatzfahrzeuge etc.

Ich bitte um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie zufrieden ist man mit dem Verkauf von (Wunsch)-Kontrollschildern?
2. Haben sich die «Rabatt»-Aktionen, wo man Schilder günstiger direkt kaufen kann, bewährt?
3. Wann wird SO-1 endlich versteigert, statt nutzlos im Magazin zu verstauben und kein Geld in die Staatskasse zu spülen?
4. In anderen Kantonen ist es möglich, direkt Wunschschilder bis zu einer gewissen «Höchstzahl» zu bestellen (ausser gewisse Nummern, welche für Auktionen reserviert sind). Wurde das auch im Kanton Solothurn geprüft?
5. Weshalb ist beim Kontrollschilderübertrag nur ab 4-stelligen Nummern ein Preis transparent ausgewiesen?

Begründung 10.11.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Richard Aschberger, 2. Matthias Borner, 3. Roberto Conti, Walter Gurtner (4)

Stellungnahme RR: 14.12.2021 (schriftlich)

I 210/2021 (VWD)

Interpellation Matthias Anderegg (SP, Solothurn): Stromprodukte im Kanton Solothurn aus erneuerbaren Energien - auch kleine Stromversorger müssen innovativ sein (10.11.2021)

Der Strommarkt im Kanton Solothurn ist gekennzeichnet durch eine grosse Vielfalt an unterschiedlich grossen Versorgern. Von der grossen Aare Energie AG (a.en) bis zum kleinen gemeindeeigenen Stromversorger.

Diese Vielfalt zeigt sich auch in den Angeboten an Stromprodukten für die Strombezügler, die heute noch an entsprechende Produkte des Stromversorgers in ihrer Wohngemeinde gebunden sind. So bietet beispielsweise die a.en ihren Kunden vier verschiedene Stromprodukte mit unterschiedlicher Zusammensetzung zur Auswahl an (Standardstrom, AareStrom Plus, Graustrom und Oltner Solarstrom), währenddem die Genossenschaft Elektra Thal ihren Kunden nur ein einziges Produkt anbietet mit folgender Zusammensetzung: 7% erneuerbare Energie / 93% nicht erneuerbare Energie.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat, hierzu folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Angebote an Stromprodukten werden den Strombezügern von den diversen Stromversorgern im Kanton Solothurn bereitgestellt?
2. Wie viele und welche Stromversorger bieten ihren Kunden nur ein einziges Produkt an?
3. Wie sind diese Produkte der Stromversorger zusammengesetzt?
4. Besteht die rechtliche Möglichkeit, dass jeder Stromversorger ihren Kunden mindestens ein Produkt mit rein erneuerbaren Energieformen anbieten muss? Wenn nicht, besteht die Möglichkeit, dies auf Kantonsebene festzulegen oder wird sich der Regierungsrat auf Bundesebene für eine solche Möglichkeit einsetzen?
5. Besteht die rechtliche Möglichkeit, dass jeder Stromversorger in seinen Produkten einen Mindest-Prozentanteil an erneuerbarer Energie festlegen muss? Wenn nicht, besteht die Möglichkeit, dies auf Kantonsebene festzulegen oder wird sich der Regierungsrat auf Bundesebene für eine solche Möglichkeit einsetzen?
6. Wie gedenkt der Regierungsrat allenfalls auf anderen Wegen dafür zu sorgen, dass die Stromversorger im Kanton Solothurn ihren Kunden eine grössere Auswahl an Produkten mit erneuerbarer Energie anbieten oder den Mindest-Prozentanteil an erneuerbarer Energie zumindest erhöhen?

Begründung 10.11.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Matthias Anderegg, 2. Franziska Rohner, 3. Mathias Stricker, Melina Aletti, Markus Ammann, Samuel Beer, Remo Bill, Simon Bürki, Janine Eggs, Rea Eng-Meister, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Kuno Gasser, David Gerke, Christian Ginsig, Fabian Gloor, Philipp Heri, Nicole Hirt, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Edgar Kupper, Thomas Lüthi, Thomas Marbet, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, Farah Rummy, Simone Rusterholz, Christof Schauwecker, Patrick Schlatter, Luzia Stocker, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Bruno Vögtli, Susan von Sury-Thomas, Jonas Walther, Marie-Theres Widmer, Marianne Wyss, Nicole Wyss, Barbara Wyss Flück (47)

Stellungnahme RR: 21.12.2021 (schriftlich)

I 214/2021 (BJD)

Interpellation Walter Gurtner (SVP, Däniken): Littering - welche Massnahmen trifft der Kanton Solothurn? (10.11.2021)

Neueste Erhebungen zeigen auf, dass das Littering/Wegwerfen und Liegenlassen von Abfall im Kanton Solothurn stark zugenommen hat, vergleiche auch den Artikel «Die Schweiz, eine riesige Abfallhalde» im Tagesanzeiger vom 20. Juni 2021. Seither hat sich die Lage leider noch verschlimmert, weshalb sich der Regierungsrat vermehrt über mögliche Massnahmen zur Eindämmung von Littering Gedanken machen sollte. Im letzten und in diesem Jahr, während der Pandemie, waren alle Clubs und viele Freizeiteinrichtungen geschlossen, weshalb sich das Problem nochmals zuge-spitzt hat, da sich viele stattdessen draussen aufhalten mussten. Dies wird auch in Zukunft ein Thema sein, da es gemäss Umfragen viele Menschen immer mehr zu Treffen im Freien zieht. Es ist schlussendlich auch eine Frage des Verhaltens und der Information. Es braucht ein umfassendes Konzept seitens des Kantons und der Gemeinden mit Aufklärung in der Öffentlichkeit, in Schulen, der Prüfung der Einführung eines Depot-/Pfandsystems auf Verpackungen, sowie von vermehrten Kontrollen an stark frequentierten Orten. Es muss auch die Möglichkeit zur Erteilung von Bussen bestehen, wenn Personen beim Liegenlassen von Abfall erwischt werden.

Leider zeigt die Erfahrung, dass es ein Massnahmenpaket seitens des Kantons und allenfalls eine Anpassung in der Verordnung über das Kantonale Ordnungsbussenverfahren braucht, um eine Verbesserung in den Gemeinden und Städten zu erzielen. Die Reinigungskräfte des Kantons, der Städte und Gemeinden müssen immer früher ausrücken, um zu versuchen, die Abfallmenge zu bewerkstelligen. Dies kostet die Steuerzahlenden viel. Nicht zu vergessen, verursachen weggeworfene Alu-Dosen, Glas- und Plastikflaschen speziell in der Landwirtschaft grossen Schaden und grosses Tierleid.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Antwort der folgenden Fragen:

1. Welche Massnahmen gegen Littering werden im Kanton Solothurn geprüft und wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den Gemeinden?
2. Gibt es bereits eine aktuelle Informationskampagne an öffentlichen Orten und in den Schulen gegen Littering?
3. Könnte die Polizei im Kanton Solothurn bei Kontrollen an neuralgischen Punkten auch zusätzlich für die Vermeidung von Littering sorgen und entsprechende Bussen aussprechen oder braucht es hierfür eine Anpassung der Verordnung über das Kantonale Ordnungsbussenverfahren?
4. Könnte ein Pfandsystem eingeführt werden, z.B. bei Aludosen, Glasflaschen und Plastikverpackungen, so, dass diese in den Verkaufsgeschäften gegen Entgelt zurückgegeben werden können?

Begründung 10.11.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Walter Gurtner, 2. Philippe Ruf, 3. Richard Aschberger, Matthias Borner (4)

Stellungnahme RR: 18.01.2022 (schriftlich)

I 216/2021 (VWD)

Interpellation Fraktion FDP.Die Liberalen: Wie bereitet sich der Kanton Solothurn auf eine Strommangellage vor? (10.11.2021)

Am 30. September 2021 hat die Organisation für Stromversorgung in ausserordentlichen Lagen (OSTRAL) eine Kampagne gestartet, in der sie unter anderem bis Ende November einen Informationsbrief an rund 30'000 Strom-Grossverbraucher (Stromkunden mit einem Jahresverbrauch von mehr als 100'000 kWh) in der Schweiz schicken lässt.

Im Brief wird informiert, dass für den Fall einer langandauernden Strommangellage Massnahmen vorbereitet sind, die beim Eintreten einer Krise umgesetzt werden können. Die Unternehmen wer-

den aufgefordert, sich vorausschauend Überlegungen anzustellen, wie sie mit einer länger andauernden Strommangellage umgehen würden.

Bei einer Strommangellage steht tage-, wochen- oder sogar monatelang zu wenig Strom zur Verfügung. Gemäss der nationalen Risikoanalyse «Katastrophen und Notlagen Schweiz» (Bundesamt für Bevölkerungsschutz [BABS], November 2020) werden die Gefährdungen Strommangellage, Pandemie und Ausfall Mobilfunk als grösste Risiken angeführt. Alle drei Gefährdungen bergen hohes Schadenpotenzial bei gleichzeitig relativ hoher Eintrittswahrscheinlichkeit.

Für Bundespräsident Guy Parmelin ist eine Strommangellage eine grosse Gefahr für die wirtschaftliche Versorgung der Schweiz: «Das würde zum Beispiel bedeuten, dass Fabriken weniger produzieren könnten, Behörden und Dienstleistungsunternehmen wie Banken ihr Angebot verkleinern müssten oder vom Strom abhängige Transportmittel wie Bahnen oder Trams nur noch eingeschränkt fahren könnten.» Im schlimmsten Fall könnte der Schweiz bereits in vier Jahren ab 2025 (fehlendes Stromabkommen) zu wenig Strom zur Verfügung stehen.

Aufgrund der ernsten Lage bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz, dass neben einer Pandemie eine länger andauernde Strommangellage das grösste Risiko für die Bevölkerung und Wirtschaft darstellt?
2. Angesichts des gescheiterten Rahmenabkommens mit der EU: Geht die Regierung davon aus, dass wir ab 2025 noch genügend Strom auch in den Wintermonaten haben werden? Und dass wir das Strom-Defizit im Inland weiterhin durch Importe aus dem nahen Ausland decken können?
3. Ist das Risiko einer länger andauernden Strommangellage dem kantonalen Führungsstab sowie den regionalen Führungsstäben bekannt und bewusst? Gibt es konkrete Notfallpläne?
4. Welche Vorkehrungen sind im Kanton getroffen worden, um die Auswirkungen einer Strommangellage zu beherrschen und die Grundversorgung der Bevölkerung und Wirtschaft jederzeit sicherzustellen?
5. Gibt es Schätzungen, wie gross der materielle und menschliche Schaden einer längeren Strommangellage im Kanton Solothurn wäre?
6. Wie konkret unterstützt der Regierungsrat die Gross-Unternehmen, die von OSTRAL angeschrieben und aufgefordert werden, sich vorausschauend mit einer länger andauernden Strommangellage zu befassen?
7. Welche kantonalen Einrichtungen verfügen über Notstromaggregate und wie lange ist deren Autonomie? Wie sieht es bei den Blaulichtorganisationen, den Spitälern, der Wasser- und Abwasserversorgung aus?
8. Hat der Kanton eigene kantonale Reserve- oder Sicherheitslager (Treibstoff) für den Betrieb von Notstromaggregaten und wie lange reichen diese aus?

Begründung 10.11.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Daniel Probst, 2. Christian Thalmann, 3. Mark Winkler, Philippe Arnet, Johanna Bartholdi, Daniel Cartier, Martin Flury, Thomas Fürst, David Häner, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Marco Lupi, Simon Michel, Stefan Nünlist, David Plüss, Martin Rufer, Beat Späti, Markus Spielmann, Urs Unterlerchner, Hansueli Wyss (22)

Stellungnahme RR: 21.12.2021 (schriftlich)

I 220/2021 (BJD)

Interpellation Marlene Fischer (Grüne, Olten): Per- und Polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) im Kanton Solothurn? (10.11.2021)

Die Substanzklasse der Per- und Polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) umfasst über 4'700 synthetische Einzelverbindungen. Diese Verbindungen bestehen aus teilweise (poly-) oder komplett (per-) fluorierten Kohlenstoffketten. Diese Struktur macht PFAS chemisch, biologisch und thermisch sehr stabil. Sie werden deshalb auch als «Forever Chemicals» bezeichnet. PFAS wirken sowohl wasser- als auch fettabweisend. Aufgrund dieser zahlreichen «vorteilhaften» Eigenschaften wurden PFAS seit den 1970ern sehr vielseitig eingesetzt: In Löschschäumen oder der Galvanischen Industrie, aber auch in Regenschutzbekleidung, Teflon-Bratpfannen und vielen weiteren Anwendungen. Da PFAS kaum abbaubar sind, reichern sie sich in der Umwelt und in Lebewesen an. Das ist problematisch, denn einige PFAS sind vermutlich krebserregend sowie leber- und reproduktionstoxisch und vermindern die Wirkung von Impfungen. Der Mensch nimmt PFAS über Trinkwasser und Nahrung auf. Die europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) hat 2020 die gesundheitlichen Risiken von PFAS strenger bewertet. Daraufhin wurde in der Trinkwasserverordnung der EU (2020) ein neuer Grenzwert von 50 ng/l für die Summe aller PFAS-Verbindungen festgelegt. Deshalb prüft auch die Schweiz ihre bisherigen Höchstwerte für einzelne PFAS-Substanzen im Trinkwasser (PFOS 300 ng/l, PFHxS 300 ng/l, PFOA 500 ng/l). Die künftigen Werte werden voraussichtlich mindestens 10 Mal tiefer sein als bisher.

Das Auftreten von PFAS im Grundwasser der Schweiz wurde im Rahmen einer Pilotstudie der Nationalen Grundwasserbeobachtung NAQUA (2007-2008) analysiert. An 21 der 49 beprobten Messstellen wurden PFAS nachgewiesen. Die betroffenen Grundwassermessstellen lagen oft in der Nähe von Flüssen – denn PFAS können durch die üblichen Abwasserreinigungsverfahren nicht abgebaut werden, gelangen via Kläranlage in Flüsse und schliesslich ins Grundwasser. Jedoch gibt es Möglichkeiten, PFAS durch Aktivkohlefilterung grösstenteils aus dem Abwasser zu entfernen.

Der Regierungsrat wird deshalb um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Was ist bekannt über PFAS-Verschmutzung von Grundwasser, Oberflächengewässer und Boden («Humus») im Kanton Solothurn? Gibt es belastete Standorte, bei denen heutige Grenzwerte überschritten werden?
2. Wie ist der aktuelle Wissensstand über die PFAS-Verschmutzung in Quell- und Grundwasserfassungen, die im Kanton Solothurn zur Trinkwasserversorgung dienen?
3. Wie ist der aktuelle Wissensstand über PFAS-Emissionen aus Kläranlagenabwasser im Kanton Solothurn?
4. Wie schätzt die Regierung den aktuellen Wissensstand bezüglich PFAS im Kanton Solothurn ein?
5. Plant der Kanton Solothurn gezielte Untersuchungen auf PFAS-Verdachtsflächen wie Grossbrandflächen (Löschschaumeinsatz) oder belasteten Standorten (z.B. Galvanik)?
6. Plant der Kanton Solothurn systematische PFAS-Untersuchungen in Trinkwasserfassungen?
7. Sind Massnahmen zur zusätzlichen Abwasseraufbereitung geplant, um mögliche PFAS-Emissionen aus Kläranlagen zu verringern?
8. Welchen Handlungsbedarf sieht die Regierung bezüglich PFAS im Kanton Solothurn?

Begründung 10.11.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. David Plüss, 3. Thomas Giger, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Samuel Beer, Janine Eggs, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, David Gerke, Christian Ginsig, Nicole Hirt, Thomas Lüthi, Georg Nussbaumer, Stephanie Ritschard, Simone Rusterholz, Christof Schauwecker, Luzia Stocker, Thomas Studer, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Jonas Walther, Marianne Wyss, Barbara Wyss Flück, Simone Wyss Send (27)

Stellungnahme RR: 08.03.2022 (schriftlich)

I 243/2021 (DBK)

Interpellation Philipp Heri (SP, Gerlafingen): Interpretation von § 5 Absatz 3^{bis} des Volksschulgesetzes (15.12.2021)

Das Projekt optiSO+ verfolgt im Bereich der kantonalen Spezialangebote gemäss Volksschulgesetz das Ziel, kantonsweit die gesetzlichen Grundlagen (Volksschulgesetz, Behindertengleichstellungsgesetz, Behindertenrechtskonvention) umzusetzen. Das bedeutet unter anderem eine bessere regionale Anbindung und Verteilung der Angebote und eine Vermeidung langer Transportwege für die Kinder sowie eine individuell bedarfsgerechtere Förderung und Schulung der Kinder mit nachvollziehbarer Qualitätsüberprüfung und eine einheitliche (pauschalisierte) finanzielle Abgeltung. Im Jahr 2018 wurden die kantonalen Spezialangebote im Volksschulgesetz neu geregelt. Im Rahmen der Gesetzesanpassung wurde im regierungsrätlichen Entwurf an den Kantonsrat § 5 Absatz 3^{bis} neu eingefügt, welcher besagt, dass bei einer Durchführung durch privatrechtliche Organisationen die submissionsrechtlichen Vorgaben zu beachten seien.

Darauf basierend wurde ein Submissionsverfahren durchgeführt und die Zuschläge erteilt, dies mit der Konsequenz, dass langjährig tätige Institutionen nun leer ausgegangen sind.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat, hierzu folgende Fragen zu beantworten:

1. Im Vernehmlassungsentwurf vom 4. Juli 2017 (RRB 2017/1254) zur nachmaligen Teilrevision des Volksschulgesetzes vom 28. März 2018 fehlte eine Vorschrift gemäss § 5 Absatz 3^{bis}. Was hat den Regierungsrat bewogen, eine entsprechende Vorschrift in Botschaft und Entwurf vom 16. Januar 2018 (RRB 2018/63) einzufügen? Aus dem Ergebnisbericht der Vernehmlassung vom 21. November 2017 (RRB 2017/1947) ist eine entsprechende Forderung aus dem Vernehmlassungsverfahren nicht ersichtlich.
2. Bedeutet «Beachtung der submissionsrechtlichen Bestimmungen» gemäss § 5 Absatz 3^{bis} des Volksschulgesetzes (BGS 413.111) insbesondere auch die Beachtung der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöV; BGS 721.521)?
3. Teilt der Regierungsrat die Beurteilung, dass die IVöV für die zuständigen kantonalen Behörden verbindlich ist (Art. 3 IVöV)?
4. Teilt der Regierungsrat die Beurteilung, dass das übergeordnete Recht gemäss IVöV kantonales Recht bricht?

Begründung 15.12.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Philipp Heri, 2. Marco Lupi, 3. Jonas Walther, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Richard Aschberger, Silvia Fröhlicher, Christian Ginsig, Nicole Hirt, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Michael Kumpli, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Thomas Lüthi, Thomas Marbet, Matthias Meier-Moreno, Simon Michel, Tamara Mühlemann Vescovi, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Franziska Rohner, Martin Rufer, Simone Rusterholz, Patrick Schlatter, Beat Späti, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Marie-Theres Widmer, Marianne Wyss (33)

Stellungnahme RR: 11.01.2022 (schriftlich)

I 017/2022 (FD)

Interpellation Richard Aschberger (SVP, Grenchen): Ist der Kanton gewappnet für Cyberangriffe? (26.01.2022)

Cyberangriffe mehren sich, nehmen fast schon exponentiell zu und können gravierende Folgen nach sich ziehen. Bei Privatunternehmen sind laut aktuellen Umfragen in der Schweiz und in Deutschland die Cyberangriffe unterdessen die grösste Sorge. Aktuell gibt es diverse Grosskonzerne, welche darunter leiden (Emil Frey Gruppe, CPH Gruppe etc.), und die damit einhergehenden Probleme werden an Zulieferer oder Endabnehmer/Kunden weitergegeben.

Der Kanton Solothurn selbst sowie die von ihm «gelenkten» Unternehmen müssen mit Angriffen rechnen. Daher bitte ich um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gab es in den letzten Jahren Cyberangriffe auf den Kanton oder seine kontrollierten Firmen/Anstalten (beispielsweise Blaulichtorganisationen, Pensionskasse Kanton Solothurn [PKSO], Solothurner Spitäler [SoH], Solothurnische Gebäudeversicherung [SGV], Schulen etc.)?
2. Gibt es neue Baustellen seit der Pandemie in Bezug auf Sicherheit bei Login via Homeoffice?
3. Sind Projekte in Planung, welche gezielt Cyberrisiken angehen und falls ja, hat das Platz in laufenden Budgets?
4. Gibt es betriebliche Kontinuitätsmanagements (BCM) für den Kanton und seine kontrollierten Firmen/Anstalten?
5. Wie viele und in welchem Umfang (CHF) vergibt der Kanton bei diesem Thema Aufträge an externe Firmen?

Begründung 26.01.2022: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Richard Aschberger, 2. Walter Gurtner, 3. Matthias Borner (3)

Stellungnahme RR: 01.03.2022 (schriftlich)

I 019/2022 (DDI)

Interpellation Markus Dick (SVP, Biberist): Risikoabwägung bei COVID-Impfungen für Kinder ab 5 Jahren und Jugendliche (26.01.2022)

Aufgrund von Medienberichten und Reaktionen aus der Bevölkerung im Zusammenhang mit der COVID-Impfung von Kindern ab 5 Jahren und Jugendlichen wird der Regierungsrat um die Beantwortung nachfolgender Fragen gebeten:

1. Von welchen kritischen Berichten zur COVID-Impfung für Kinder hat der Regierungsrat Kenntnis?
2. Nimmt der Regierungsrat in Bezug auf die Kinder-Impfung ab 5 Jahren eine eigene Risikoanalyse vor oder folgt er einfach den Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) und der Eidgenössischen Kommission für Impffragen (EKIF)?
3. Welche konkreten Vorgaben des Bundes hat der Kanton Solothurn zu befolgen in Bezug auf die Impfung von Kindern ab 5 Jahren?
4. Gibt es Bestrebungen, Kinder unter 5 Jahren zu impfen?
5. Fördert der Kanton Solothurn die Impfung von Kindern speziell und wurde ein Impfziel für Kinder ab 5 Jahren definiert?
6. Wie viele Fälle von schweren Verläufen einer COVID-Erkrankung von Kindern und Jugendlichen wurden im Kanton Solothurn bisher erfasst? Kam es zu Todesfällen?
 - 6.1 Bei Ungeimpften?
 - 6.2 Bei Geimpften?
7. Wie viele Kinder ab 5 Jahren und Jugendliche wurden im Kanton Solothurn bisher geimpft und von wie vielen Meldungen von Nebenwirkungen und Komplikationen hat der Kanton Kenntnis?
8. Welcher Art, Folgen und Häufigkeit sind schwere Nebenwirkungen?
 - 8.1 Für die Betroffenen (ungeimpft/geimpft)?
 - 8.2 Für den Kanton Solothurn?
9. In Anbetracht der aktuellsten Studien und Statistiken: mit wie vielen Fällen schwerwiegender Nebenwirkungen und Spätfolgen rechnet der Kanton für die Altersgruppen der 5- bis 12- und 12- bis 17-Jährigen, unter Berücksichtigung des Impfziels des Kantons Solothurn?
10. Wie und womit werden Kinder und Jugendliche mit einer schwerwiegenden COVID-Erkrankung in den Spitälern des Kantons Solothurn behandelt? Wie erfolgreich ist diese Therapie bei Ungeimpften und Geimpften?

11. Lässt sich eine Haftung des Kantons Solothurn für die Empfehlung zur COVID-Impfung von Kindern ableiten?

Begründung 26.01.2022: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Markus Dick, 2. Josef Fluri, 3. Werner Ruchti, Johannes Brons, Roberto Conti, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Beat Künzli, Adrian Läng, Silvia Stöckli, Rémy Wyssmann (11)

Stellungnahme RR: 01.03.2022 (schriftlich)

I 022/2022 (DDI)

Interpellation Rolf Jeggli (Die Mitte, Mümliswil): Clans mit kriminellem Potential im Kanton Solothurn (26.01.2022)

Gemäss medialer Berichterstattungen in den letzten Monaten über mehrere Clans in der Schweiz sowie verdächtigen Vorkommnissen im Kanton Solothurn (Mümliswil) ist die Bevölkerung verunsichert. Es wird behauptet, dass die Schweiz grossen Nährboden für organisierte Kriminalität bietet. Die öffentliche Sicherheit ist ein sehr wichtiges und erstrebenswertes Gut mit kantonaler Zuständigkeit. Organisierte Kriminalität findet meistens unter dem Radar der Öffentlichkeit statt.

Mit dem Ziel, die Verunsicherung der Solothurner Bevölkerung zu mildern, bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt es Hinweise auf Clans mit kriminellem Potential im Kanton Solothurn? Wenn ja, um welche handelt es sich?
2. Existiert im Kanton Solothurn eine Spezialabteilung der Polizei, welche für organisierte Kriminalität zuständig ist?
3. Wie schützt die Polizei die Solothurner und Solothurnerinnen vor organisierten Clans mit kriminellem Potential?
4. Wie ist die Zusammenarbeit in diesem Bereich mit dem Bund und anderen Kantonen? Strebt der Kanton Solothurn einen Ausbau dieser Zusammenarbeit an?
5. Ist der Regierungsrat ebenfalls der Meinung, dass die Schweiz einen guten Nährboden für die organisierte Kriminalität bietet? Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um diesen Nährboden im Kanton Solothurn zu minimieren?

Begründung 26.01.2022: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Rolf Jeggli, 2. Barbara Leibundgut, 3. Edgar Kupper, Johanna Bartholdi, Rea Engmeister, Josef Fluri, Patrick Friker, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Freddy Kreuchi, Georg Lindemann, Daniel Nützi, Patrick Schlatter, Christian Thalmann, Bruno Vögtli, Benjamin von Däniken (16)

Stellungnahme RR: 08.03.2022 (schriftlich)

I 025/2022 (BJD)

Interpellation Marie-Theres Widmer (Die Mitte, Steinhof): Sinnvolle Planung der Standorte von Logistikzentren (26.01.2022)

Während der Gemeindepräsidentenkonferenz Wasseramt (im September 2021) stellte Sacha Peter (Chef Amt für Raumplanung) den Bolacker bei der Autobahnausfahrt Kriegstetten als künftigen Standort für ein Logistikzentrum zur Diskussion. In der Bevölkerung gab diese Überlegung im Herbst einiges zu reden – insbesondere, da sich der Bolacker in der Grundwasserschutzzone befindet und als Fruchtfolgefläche genutzt wird. Zudem ist die Realisierung solcher Projekte auf der grünen Wiese schwer verständlich, wenn in der gleichen Region erstens Industriebrachen zur Verfügung stehen und zweitens schon schlechte Erfahrungen mit erbauten Logistikzentren gemacht wurden.

1. Nach welchen Grundsätzen werden die Standorte von Logistikzentren geplant?
2. Welchen Stellenwert haben dabei die Grundwasserschutzzonen und die Fruchtfolgeflächen?
3. Welchen Nutzen verspricht sich die Regierung von der Ansiedlung eines Logistikzentrums?
4. Wo liegen die Nachteile bei der Ansiedlung eines Logistikzentrums?
5. 2014 war die Überbauung Weissensteinfeld, 8 ha beste Fruchtfolgeflächen, ein grosses Thema. Es wurde von 220 neuen Arbeitsplätzen gesprochen. Wie viele neue Arbeitsplätze sind entstanden, wie viele gibt es immer noch? Wie viele Lehrstellen? Aus welcher Gegend kommen die Arbeitnehmenden? In welchem Lohnsegment befinden sich ihre Arbeitsplätze und wo versteuern die Arbeitnehmenden ihren Lohn?
6. Für den Bau des Logistikzentrums musste auch die Infrastruktur angepasst werden. Wer hat diese Kosten übernommen? Gab es zusätzliche Unterstützungen durch den Kanton? Wie haben sich die bereitgestellten Unterstützungen des Kantons konkret ausbezahlt?
7. Das Weissensteinfeld hat unterdessen schon den Besitzer gewechselt. War es in den vergangenen Jahren je entsprechend den Erwartungen ausgelastet? Wurden die Vorleistungen des Kantons zurückbezahlt? Wie fliessen die Erfahrungen aus der Überbauung Weissensteinfeld in die heutigen Überlegungen ein?
8. Der Regierungsrat findet unterdessen sicher auch, dass wertvolle Fruchtfolgeflächen nicht mit Bauten überbaut werden sollten, bei welchen ein grosses Risiko besteht, dass sie selbst zu Industriebrachen werden. Welche Lehren zieht der Regierungsrat aus den gemachten Erfahrungen im Weissensteinfeld. Was unternimmt der Regierungsrat, um Industriebrachen prioritär zu überbauen?
9. Gibt es auf kantonaler und kommunaler Ebene Vorgaben in Bezug auf eine minimale Arbeitsplatzdichte bei Bauten in der Industrie- und Gewerbezone – insbesondere, wenn rares Kulturland überbaut wird? Wurden im kantonalen Richtplan entsprechende Vorgaben aufgenommen und werden diese entsprechend umgesetzt?

Begründung 26.01.2022: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Marie-Theres Widmer, 2. Michael Ochsenbein, 3. Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Daniel Nützi, Benjamin von Däniken (6)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 026/2022 (DDI)

Interpellation Adrian Läng (SVP, Horriwil): Corona-Narrativ - Wann rückt die Regierung mit der Wahrheit heraus? (26.01.2022)

Seit gefühlt einer Ewigkeit hat uns die Corona-Pandemie im Würgegriff und scheint uns nicht mehr loszulassen. Das hat auch damit zu tun, dass Versprechen zu Lockerungen respektive Aufhebung der besonderen Lage immer wieder vom Bundesrat und den kantonalen Regierungen gebrochen werden. Ständig werden neue Indikatoren gesucht, um die besondere Lage rechtfertigen zu können. Doch wie können wir sicher sein, dass eine integrale Datenerhebung und -meldung, welche als Basis zu diesen einschneidenden Massnahmen dient, gewährleistet und erfolgt ist? Wie können wir sicher sein, dass wichtige Erkenntnisse aus neusten Studien nicht durch die Regierung totgeschwiegen oder gar zurückgehalten werden? Die Corona-Pandemie hat unzählige Wissenschaftler, Ärzte und Institutionen dazu veranlasst, dem Coronavirus auf den Grund zu gehen. Zahlreiche Studien rund um die Pandemie, sei es zum Impfstoff, zur Maskenpflicht oder zum Nutzen des Lockdowns, wurden publiziert. Ernüchternder Weise werden fundierte wissenschaftliche Studien, welche dem Kurs des Bundesrates widersprechen, totgeschwiegen oder als falsch bezeichnet. Die Anhänger der Great Barrington Declaration, immerhin durch über 15'000 Medizin-Wissenschaftler und 46'000 medizinische Fachkräfte unterzeichnet, welche sich für eine Durchseuchung aussprechen, werden im äussersten Fall sogar desavouiert. In der Wissenschaft gibt es nun mal Synthese und Antithese. Aber es ist grundlegend falsch, den kritischen Stimmen keine Beachtung zu schenken. Mit der

Ausbreitung der Virusmutation «Omikron» steigen zwar die Fallzahlen, doch diese haben sich längst mit den Hospitalisierungen und Todesfällen entkoppelt. Das ist ein gutes Zeichen, denn wir befinden uns in der Endemie. Sowohl die Impfung als auch die Zertifikatspflicht verhindern eine Ansteckung sowie Weitergabe des Virus nicht, dennoch werden die Zwangsmassnahmen weiterhin aufrechterhalten und nach wie vor ein beträchtlicher Teil der Gesellschaft nahezu vom öffentlichen Leben ausgeschlossen. Die Begründungen sind unschlüssig, faktenfrei und ohne wissenschaftliche Evidenz.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat um die Beantwortung nachfolgender Fragen aufgefordert:

1. Verschiedene Schweizer Medien berichteten anfangs 2022, dass nur rund die Hälfte der positiv auf Sars-CoV-2 getesteten Personen wegen COVID-19 behandelt werden, die andere Hälfte wegen einer anderen Krankheit. Wie sieht es in den Spitälern des Kantons Solothurn aus?
2. Analysen von Prof. Werner Bergholz ergaben, dass bei PCR (Polymerase Chain Reaction)-Tests ein hoher Anteil an falsch positiven Befunden vorliegt, rund dreiviertel aller positiven Ergebnisse. Eine weitere Studie des Paul-Ehrlich-Instituts ergab, dass 92% der zugelassenen Antigen-Schnelltests falsche Resultate liefern, und somit die Mindestsensitivität von 75% nicht erreichen. Warum führt der Kanton Solothurn keine Statistik zu den falsch positiven Resultaten? Werden die falsch positiven Resultate in den Meldungen korrigiert?
3. Das italienische Gesundheitsinstitut (Istituto Superiore di Sanità) hat die Zahl der geschätzten COVID-Todesfälle seit Februar 2020 von über 130'000 auf unter 4'000 nach unten korrigiert. Die Behörde stellte fest, dass 97.1% der Todesfälle, die bisher auf COVID-19 zurückgeführt wurden, nicht direkt mit der Erkrankung zu tun hatten. Demnach hatten die Verstorbenen zwischen einer und fünf Vorerkrankungen. Wie kann der Kanton Solothurn sicherstellen, dass von den 320 Todesfällen (Stand 18.01.2022) allesamt an den direkten Folgen des COVID-19-Virus verstorben sind? Kann mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass keiner dieser Verstorbenen eine oder mehrere Vorerkrankungen hatte?
4. Mitglieder der Corona-Task-Force geben regelmässig Computer-Modellrechnungen zur Ausbreitung von Virusmutationen heraus und warnen vor Monsterwellen. Die Prognosen lagen jedes Mal daneben. Dennoch hat sich die Regierung von diesen Einschätzungen beeinflussen lassen. Hat die kantonale Regierung bei den Modellrechnungen einen Peer-Review durchgeführt, indem die Datengrundlage dieser Modellrechnungen kritisch nachgeprüft wurde?
5. Erhalten die Solothurner Spitäler für COVID-19-hospitalisierte sowie an COVID-19-verstorbene Patienten zusätzliche Entschädigungen? Wenn ja, wie hoch sind diese Entschädigungen?
6. Wie hoch ist der Umsatz und der Aufwand der Solothurner Spitäler, welcher aus der Hospitalisierung von COVID-19-Patienten entsteht? Wie verhält sich die Gewinnmarge im Vergleich zu anderen Behandlungen?
7. Im Zeitungsartikel vom 1. September 2021 der Solothurner Zeitung wird die Problematik der gravierenden Fluktuation des Pflegepersonals im Bürgerspital Solothurn aufgezeigt. Was sind die Ursachen dafür? Gab es bereits vor der Pandemie personelle Engpässe? Welche konkreten Massnahmen wurden dagegen unternommen?
8. Wie erfolgt der Meldeprozess der Auslastung der Intensivstationen sowie Spitalkapazitäten (COVID-19, Non-COVID-19 und freie Betten) an den koordinierten Sanitätsdienst? Welche Massnahmen werden seitens der Regierung unternommen, um die Datenintegrität zu gewährleisten und fehlerhafte Meldungen zu vermeiden?
9. Warum werden für die medikamentöse Therapie zur Frühbehandlung von COVID-19-Patienten zugelassene Medikamente wie Ivermectin oder Hydroxychloroquin, welche erfolgreich in zahlreichen Staaten eingesetzt werden, in Studien eine Hospitalisierung bis zu 90% verhindert und die COVID-19-Toten halbiert hätte, nicht in Betracht gezogen respektive untersagt?
10. Robert Malone, Peter McCullough, Sucharit Bhakdi, Byram Bridle usw., allesamt renommierte Wissenschaftler, erklärten, dass entgegen den Erwartungen das Spike-Protein nach der Impfung in den Blutkreislauf gelangt und sich dann in Organen und Geweben wiederfindet. Dies kann unter anderem zu einer Gefahr von Lungenembolien, Herzinfarkten und Hirnschlägen führen. Bis dato Dezember 2021 wurden 3'927 schwerwiegende Nebenwirkungen der Schwei-

zer Zulassungsbehörde Swissmedic gemeldet. In den USA sind über 250'000 schwere Nebenwirkungen und über 18'000 Todesfälle im direkten Zusammenhang mit der COVID-Impfung bekannt, welche durch das CDC (Centers of Disease Control and Prevention) bestätigt werden. Wie werden Impfnebenwirkungen im Kanton Solothurn registriert und sichergestellt, dass sämtliche Impfnebenwirkungen gemeldet werden?

11. Die Impfstoff-Lieferverträge werden nach wie vor unter Verschluss gehalten. Hat die kantonale Regierung Einsicht in diese Verträge erhalten? Falls nein, warum nicht?
12. Seit der Pandemie gab es schwerwiegende Einschränkungen der Grundrechte von einem nie dagewesenen Ausmass. Wie beurteilt respektive ermittelt die kantonale Regierung den Nettutzen respektive die Wirksamkeit dieser einschneidenden Massnahmen (Lockdowns, Maskenpflicht und Zertifikat), unter Berücksichtigung aller unbeabsichtigten Nebenwirkungen und Kollateralschäden, zur Eindämmung des Virus?
13. Für gewisse Orte oder Aktivitäten (zum Beispiel Restaurants, Sporteinrichtungen oder Hallenbäder) wurde die Zertifikatspflicht auf 2G (sofern 2G nicht anwendbar 2G+) ausgeweitet, unter dem Aspekt, dass sich dort besonders viele Leute anstecken und somit die Gefahr eines epidemiologischen Ausmasses besteht. Gibt es auf Stufe Kanton empirische Studien, die eine Ausweitung der Zertifikatspflicht für diese Orte oder Aktivitäten untermauern?

Begründung 26.01.2022: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Adrian Läng, 2. Beat Künzli, 3. Josef Fluri, Roberto Conti, Markus Dick, Tobias Fischer, Kevin Kunz, Silvia Stöckli (8)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

XI. Kleine Anfragen

K 239/2021 (BJD)

Kleine Anfrage Simone Wyss Send (Grüne, Biberist): Halteplätze und Standplätze für Fahrende im Kanton Solothurn (08.12.2021)

Alljährlich nach den Sommermonaten werden im Kantonsrat Vorstösse rund um die Thematik «Standplätze für Fahrende» eingereicht. Bedingt durch die Coronapandemie (Einschränkung des Reiseverkehrs) war es in den rund letzten zwei Jahren zwar eher ruhig um dieses Thema. Dennoch besteht Handlungsbedarf: Sowohl für inländische Fahrende als auch für ausländische Fahrende (aufgrund des Diskriminierungsschutzes besteht auch für diese Gruppierung die Verpflichtung, Haltemöglichkeiten bereitzustellen).

Der letzte Standbericht der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende vom 20. Mai 2021 zeigt auf, dass für Schweizer Fahrende aktuell 47 Halteplätze bestehen. Benötigt würden aber 90 zusätzliche Plätze. Für die Winterzeit existieren 16 Standplätze und für die warme Reisezeit nur 24 Durchgangsplätze. Der Kanton Solothurn gehört zu den Gebieten, in welchen ein zusätzlicher Bedarf an Plätzen besteht.

Die Behörden, namentlich die Kantone und Gemeinden, sind verpflichtet, die räumlichen Bedürfnisse der fahrenden Bevölkerung in der Raumplanung zu berücksichtigen. Dies machte ein Leiturteil des Bundesgerichts im Jahr 2003 deutlich. Die Kantone haben deshalb die zentrale Aufgabe, Halteplätze zur Verfügung zu stellen. So hat sich der Kanton Solothurn im Richtplan denn auch verpflichtet, Halteplätze zu schaffen.

Aufgrund dieser Ausgangslage bitten wir den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Arbeiten laufen im Kanton Solothurn derzeit, um Halteplätze für Fahrende zu schaffen?
2. Welche Massnahmen sind geplant, aber noch nicht in der Umsetzungsphase?
3. Die Suche nach geeigneten Grundstücken und die Realisierung von Halteplätzen sind, wie andere Planungsvorhaben auch, langwierige Aufgaben. Strategische Überlegungen sind deshalb zentral. Inwiefern hat der Kanton eine Strategie oder ein Konzept «Halteplätze für Fahrende»? Oder werden Überlegungen gemacht, solche konzeptionellen Arbeiten in Angriff zu nehmen?
4. Inwiefern wurden Möglichkeiten eruiert, provisorische Halteplätze zu realisieren?
5. Besteht eine Zusammenarbeit mit Interessenvertretern von Schweizer Fahrenden wie zum Beispiel der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende?

Begründung 08.12.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Simone Wyss Send, 2. Myriam Frey Schär, 3. Heinz Flück, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Janine Eggs, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Philipp Heri, Urs Huber, Karin Kälin, Farah Rummy, Christof Schauwecker, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Marianne Wyss, Nicole Wyss (18)

Stellungnahme RR: 01.03.2022 (schriftlich)

K 242/2021 (DDI)

Kleine Anfrage fraktionsübergreifend: Handlungsbedarf bei der Betreuung von Kindern mit Beeinträchtigungen (08.12.2021)

Der Regierungsrat wird höflich gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Ist der Regierungsrat der Auffassung, dass die Gleichbehandlung von Kindern mit Beeinträchtigungen in der Betreuung im Vorschulalter gewährleistet ist?
2. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass die Gleichbehandlung von Kindern mit und Kindern ohne Beeinträchtigung nach Behindertenrechtskonvention und Gleichstellungsgesetz geboten ist?
3. Wo ortet der Regierungsrat die Zuständigkeiten und Kompetenzen zur Umsetzung von Massnahmen zwischen Kanton und Gemeinden sowie innerhalb der kantonalen Verwaltung (Departemente und Ämter) und auf welcher gesetzlichen Grundlage beruhen diese?
4. Welche Vorteile hat die Betreuung von Kindern mit Beeinträchtigungen für Familien und die Wirtschaft?
5. Plant der Regierungsrat Schritte, um das Betreuungsangebot für Kinder mit Beeinträchtigungen beziehungsweise die Gleichstellung zu verbessern, und wenn ja, welche?

Begründung 08.12.2021: schriftlich.

Familien, deren Kinder aufgrund einer Beeinträchtigung oder einer Entwicklungsverzögerung einen erhöhten Betreuungsaufwand benötigen, sind in der Bewältigung ihres Alltages ausserordentlich gefordert. Neben der hohen, alltäglichen Beanspruchung sind diese Familien auch wirtschaftlich benachteiligt: Da die Bedürfnisse ihrer Kinder das Angebot einer regulären Kindertagesstätte (Kita) übersteigen, können sie häufig nicht fremdbetreut werden, was die Eltern daran hindert, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Auch die betroffenen Kinder sind benachteiligt, sie haben oftmals weniger Kontakt mit Gleichaltrigen und dadurch wenig Möglichkeiten, ihre sozialen, motorischen, sprachlichen und kognitiven Kompetenzen auch ausserhalb ihrer Familie zu entwickeln.

Im Sinne einer Chancengleichheit und der gesellschaftlichen Partizipation ist es von zentraler Wichtigkeit, diesen Familien den Zugang zu regulären Kitaangeboten zu ermöglichen. Davon profitieren die Familien, die Kinder und auch die Wirtschaft, indem Familienmitgliedern die Erwerbstätigkeit ermöglicht wird.

Im Kanton Solothurn bestanden bis vor kurzem weder Strukturen oder entsprechende Kitaplätze und die Zuständigkeiten sind bis heute nicht abschliessend geklärt. Seit Kurzem hat sich der Solothurner Verein «Kita Inklusiv» diesem Thema angenommen und auf private Initiative und in Zusammenarbeit mit den etablierten sonderpädagogischen Institutionen und freiwilligen Kindertagesstätten Strukturen geschaffen. Aufbauend auf einem erfolgreichen Pilotprojekt, sollen bis 2022 zehn Plätze geschaffen werden, die Nachfrage ist gross. Das Thema bewegt sich jedoch im Schnittstellenbereich zwischen privaten Institutionen, Gemeinden, Kanton sowie zwischen dem Departement des Innern (DDI) und dem Departement für Bildung und Kultur (DBK). Die Zuständigkeiten müssen geklärt werden, weshalb sich die gestellten Fragen geradezu aufdrängen.

Unterschriften: 1. Markus Spielmann, 2. Fabian Gloor, 3. Luzia Stocker, Samuel Beer, Matthias Borer, Daniel Cartier, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Thomas Fürst, Kuno Gasser, Walter Gurtner, David Häner, Urs Huber, Stefan Hug, Rolf Jeggli, Barbara Leibundgut, Marco Lupi, Matthias Meier-Moreno, Simon Michel, Stefan Nünlist, Daniel Nützi, David Plüss, Daniel Probst, Beat Späti, Thomas Studer, Urs Unterlerchner, Bruno Vögtli, Benjamin von Däniken, Mark Winkler, Marianne Wyss, André Wyss (31)

Stellungnahme RR: 02.02.2022 (schriftlich)

K 015/2022 (BJD)

Kleine Anfrage Heinz Flück (Grüne, Solothurn): Durch Motorsportveranstaltungen induzierte illegale Fahrten in geschützten Gebieten (25.01.2022)

Verschiedentlich finden im Kanton Solothurn Motorsportveranstaltungen statt, die jeweils von den zuständigen Behörden bewilligt werden. So zuletzt am 15. Januar 2022 die Snowcross-Schweizermeisterschaften auf dem Binzberg, Gemeinde Welschenrohr-Gänsbrunnen. Die Bewilligung von solchen Veranstaltungen wird insbesondere in Bezug auf die Auswirkungen auf den landwirtschaftlichen Boden und die sensible Umgebung in der Juraschutzzone durch den Erstunterzeichner als problematisch beurteilt. Er stellt aber fest, dass sie rechtens ist. Bei der Erteilung solcher Bewilligungen werden aber offensichtliche indirekte Auswirkungen ausserhalb der Veranstaltung und des Veranstaltungsortes bisher überhaupt nicht mit einbezogen. Solche sind aber gerade bei Veranstaltungen wie Snowcross nicht unerheblich. Für Snowcross gibt es keine durch die Wettkampfteilnehmenden regelmässig benützbare Trainingsgelände, und die Schaffung von solchen wäre wohl weder erwünscht, noch verhältnismässig, noch umweltverträglich. In der Folge finden aber im Umfeld von solchen Veranstaltungen jeweils gehäuft Trainings- oder Fun-Fahrten auf Waldwegen und Bergweiden statt. Die Gesetzgebungen über die Juraschutzzone und das Waldgesetz § 7 verbieten das Befahren der genannten Gebiete mit Motorfahrzeugen ausser für Forstzwecke. Es versteht sich von selbst, dass diese Fahrten mit Schneefahrzeugen nur bei Schneelage, also während der für wildlebende Tiere sensibelsten Zeiten, stattfinden. Die Polizei konnte leider bisher solche illegalen Fahrten nicht ahnden und verhindern.

Ich bitte den Regierungsrat deshalb höflich zur Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, die in die Bewilligung solcher Veranstaltungen involvierten Stellen (Amt für Raumplanung, Gemeinden, usw.) darauf hinzuweisen, künftig auch die erwähnten indirekten, durch die Veranstaltungen mit induzierten Auswirkungen (erwähnte verbotene Fahrten) in die Beurteilung mit einzubeziehen, so dass künftig die Veranstalter auch sicherstellen müssen, dass im Umfeld keine illegalen Trainingsfahrten stattfinden?
2. Durch welche polizeilichen und weiteren Massnahmen lassen sich die häufigen illegalen Fahrten mit Motorfahrzeugen (Trial Motorräder, Quads und im Winter insbesondere Motorschlitten) abseits der offiziellen Strassen verhindern oder eindämmen?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, die Motorfahrzeugverordnung allenfalls dahingehend zu ändern, die Inverkehrsetzung gewisser «Problemfahrzeuge», die weder der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, dem Personentransport, Warentransport oder vergleichbaren Zwecken dienen, ganz zu verbieten?

Begründung 25.01.2022: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Heinz Flück (1)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 018/2022 (DBK)

Kleine Anfrage fraktionsübergreifend: Clean-Up-Days in Schulen (26.01.2022)

Am Jugendpolittag vom 10.11.2021 wurde von Jugendlichen in der Diskussionsgruppe «Abfall und Verschwendung» der Wunsch geäussert, dass in jeder Gemeinde, und insbesondere in allen Schulen im Kanton Solothurn, Clean-Up-Days stattfinden sollten. Damit sind Aktionen zum Müll-Aufsammeln im öffentlichen Raum gemeint, bei denen Menschen gemeinsam ein Zeichen gegen Littering und für eine saubere Umwelt setzen. Solche Clean-Up-Days wirken der Landschaftsverchandelung entgegen und tragen durch ihre sensibilisierende Wirkung zur Prävention von Littering bei.

Erfreulicherweise setzen sich schon viele Organisationen für solche Clean-Up-Days ein. Beispielsweise unterstützt die Interessengemeinschaft (IG) saubere Umwelt Gemeinden und Schulen bei der

Teilnahme an nationalen Clean-Up-Days (16. – 17.09.2022) oder stellt Schulunterlagen zur Verfügung. Auch Trash Hero unterstützt im Rahmen ihres Kids-Programms Schulen bei der Durchführung von Clean-Up-Days und Abfall und Umwelt Praxistagen.

Ein solcher Abfall und Umwelt Praxistag wurde von der Schule Rüttenen im November 2021 in Begleitung von Trash Hero in der 4. – 6. Klasse durchgeführt. Beim Sammelrundgang mit den Fachpersonen gewannen die Schüler und Schülerinnen wichtige Erkenntnisse über die Natur. Die Rückmeldungen der Lehrpersonen, Eltern sowie Schüler und Schülerinnen waren sehr positiv und erfreulich für eine erneute Durchführung. Dabei schätzen die Schüler und Schülerinnen besonders den praxisbezogenen Unterricht, wo sie nicht nur in Theorie, sondern direkt vor ihrer Haustüre in der Natur lernen konnten.

Zwar werden im Lehrplan 21 in der 4. – 6. Klasse im Rahmen des Faches Natur, Mensch, Gesellschaft Stoffkreisläufe thematisiert. Wie weit das Thema Littering jedoch praxisbezogen durch die Durchführung von Clean-Up-Days oder Abfall und Umwelt Praxistagen in den Primarschulen im Kanton Solothurn vermittelt wird, ist unklar.

Vor diesem Hintergrund wird die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Hat die Regierung Kenntnis davon, wie viele Clean-Up-Days im Kanton Solothurn jährlich durchgeführt werden, von welchen Organisationen sie begleitet werden und welcher Anteil der Clean-Up-Days von Gemeinden, Schulen und Vereinen initiiert wurde?
2. Wie weit ist der Kanton Solothurn noch von der Forderung der Jugendlichen entfernt, dass in jeder Gemeinde Clean-Up-Days stattfinden sollten? Teilt die Regierung grundsätzlich die Forderung der Jugendlichen? Falls ja, welche Möglichkeiten bestehen seitens Kanton, diese Entwicklung zu fördern, insbesondere in Schulen?
3. Wird die Durchführung von Clean-Up-Days aktuell finanziell (zum Beispiel Kostenübernahme Logistik der Clean-Up-Days) oder anderweitig durch den Kanton unterstützt? Ist die Regierung gewillt, Clean-Up-Days oder Abfall und Umwelt Praxistage finanziell zu unterstützen?
4. Gibt es schon laufende Zusammenarbeiten zwischen dem Kanton Solothurn und Organisationen wie Trash Hero, IG saubere Umwelt oder anderen?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat den Einsatz und dessen Entschädigung für private freiwillige Wissenspersonen aus den Bereichen der oben genannten Organisationen?
6. Wie schätzt die Regierung den Vorschlag der Jugendlichen ein, obligatorische Clean-Up-Days oder Abfall und Umwelt Praxistage in den Schulen einzuführen? Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass diese Veranstaltungen besonders im Rahmen des Natur, Mensch und Gesellschaft (NMG)-Themas «Natürliche Ressourcen und Umwelt» gemäss Lehrplan 21 in der 4. – 6. Klasse durchgeführt werden könnten?

Begründung 26.01.2022: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. Werner Ruchti, 3. Richard Aschberger (3)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 020/2022 (BJD)

Kleine Anfrage fraktionsübergreifend: Förderung naturnaher Flächen (26.01.2022)

Aktuell gibt es viel zu wenige Flächen, die naturnah gestaltet und gepflegt werden. Naturnahe Flächen mit wertvollen Kleinstrukturen und einheimischen Pflanzen bilden wichtige Lebensräume, fördern die Vernetzung und sind essentiell für den Erhalt der Biodiversität.

Die Strategie Natur und Landschaft 2030+ möchte die Biodiversität auf kantonalen und kommunalen Flächen fördern. Ziele der Strategie sind unter anderem die vorbildliche Umgebungsgestaltung bei kantonseigenen Liegenschaften und die Unterstützung der Gemeinden durch Beratungen und Leitfäden. Auch Flächen entlang von Verkehrsinfrastrukturen wie Strassen und Bahnlinien inner- und ausserhalb des Siedlungsgebietes sollen naturnah und biodiversitätsreicher werden, da diese als wichtige Vernetzungsachsen dienen.

Bisher wurden als Pilotprojekte einzelne kantonale Flächen naturnah umgestaltet. Künftig soll bei sämtlichen Neubauten oder Umbauten, bei denen auch der Aussenraum betroffen ist, die naturnahe Gestaltung der Umgebung Standard werden.

Dazu interessieren uns folgende Punkte:

1. Wie gross, welcher Art (Wald, Wiese, Gewässer, ruderal, ökologisch oder landwirtschaftlich hochwertig, belastet etc.) und wo sind die Flächen, welche der Kanton oder seine Betriebe besitzt? Welche davon könnten aus Sicht des Kantons für die Umsetzung der Strategie in Betracht gezogen werden? Was sind die Auswahl- und Priorisierungskriterien?
2. Wie sieht der Zeit- und Massnahmenplan für die Umsetzung der Strategie Natur und Landschaft 2030+ aus? Ab wann sind welche Ressourcen (personell, finanziell) in welchen Bereichen für die Umsetzung dieser Strategie konkret vorgesehen?
3. Vorerst ist nicht vorgesehen, Flächen, bei denen keine Neu- oder Umbauten anstehen, umzugestalten, obwohl auch diese für die Biodiversität wertvoll sein können. Wann ist vorgesehen, deren Umgestaltung anzugehen?
4. Wie ist die Koordination zu anderen Projekten im Umweltschutzbereich angedacht (zum Beispiel Vernetzungsprojekte oder Aufwertungsprojekte von Kanton, Gemeinden oder Privaten)?
5. Für Bauprojekte ist das Hochbauamt, für Strassenprojekte das Amt für Verkehr und Tiefbau zuständig. Verfügen die zuständigen Personen in diesen Ämtern über das entsprechende Fachwissen, oder sind Beratungen von extern vorgesehen?
6. Inwiefern werden die Gemeinden für naturnahe Gestaltung sensibilisiert und beraten?
7. Werden neben den Gemeinden auch Private (insbesondere solche mit viel Flächen- oder Immobilienbesitz, wie Schweizerische Bundesbahnen [SBB], Regionalverkehr Bern-Solothurn [RBS], Pensionskassen etc.) sensibilisiert? Falls ja: Wie? Falls nein: Wird in Betracht gezogen, Informationen, Beratungen oder Anreize für Private zu schaffen?

Begründung 26.01.2022: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Janine Eggs, 2. Thomas Giger (2)

Stellungnahme RR: 08.03.2022 (schriftlich)

K 024/2022 (DBK)

Kleine Anfrage Marianne Wyss (SP, Trimbach): Benutzung des Hallenbades im Heilpädagogischen Schulzentrum (HPSZ) in Olten (26.01.2022)

Procap Schweiz und die Rheumaliga Schweiz organisieren in der ganzen Schweiz verschiedenste Sport- und Schwimmaktivitäten für Menschen mit Handicap. So ist auch Procap Olten und die Rheumaliga Solothurn seit Beginn der neuen Räumlichkeiten des HPSZ in Olten für Schwimmkurse eingemietet. Die Wasserangebote im ganzen Kanton sind rar gestreut. Das Hallenbad des HPSZ ist für die Zielgruppe Menschen mit Handicap sehr gut geeignet, was die Erreichbarkeit, die Grösse sowie die Wassertemperatur betrifft.

Die Rheumatologie ist seit jeher mit dem Element Wasser verbunden. Badekriterien und Wassertherapien sind anerkannte Behandlungsansätze. Die Bewegung im warmen Wasser bringt zahlreiche Vorteile.

Seit der Corona-Pandemie (April 2020) wurden die Procap Sportgruppen, die Rheumaliga Solothurn und das Babyschwimmen immer wieder darüber informiert, dass aus verschiedenen Gründen das Hallenbad noch nicht für externe Personen zugänglich ist.

Eine andere Lösung im Raum Olten konnte nicht gefunden werden.

Mit diversen Aktionen wurde diese Krisenzeit überbrückt und die Teilnehmer und Teilnehmerinnen mussten immer wieder getröstet werden. Auch die Hoffnung, endlich ab August 2021 wieder starten zu können, wurde zerschlagen.

Die Sportgruppen Olten sowie Procap Schweiz und die Rheumaliga Solothurn wurden nach den Sommerferien durch das Sekretariat des HPSZ Olten mit einem Brief über die Schliessung des Hallenbades des HPSZ für externe Nutzer und Nutzerinnen folgendermassen informiert:

Seit Schulbeginn am 16. August 2021 wird das Hallenbad durch eine externe Firma betreut. Die Gesamtverantwortung für das Bad (inklusive Reinigung, Unterhalt und Sicherheit) liegt nicht mehr beim internen Hausdienst, deshalb kann das Bad nicht mehr an externe Nutzende vermietet werden. Die Sicherheit ausserhalb der regulären Schulzeit ist nicht mehr gewährleistet im Falle einer Alarmierung (zum Beispiel beim Austritt von giftigem Chlorgas).

Da keine Lösung mit der Leitung des HPSZ Olten gefunden werden konnte, gelangte man an das Volksschulamt Kanton Solothurn. Leider gibt es bis heute keine Lösung, um eine Weiterführung der Sportkurse zu ermöglichen.

Zudem können weiterhin auch keine schweizerischen Aus- und Weiterbildungskurse stattfinden. Das Hallenbad wird an Wochenenden aufgrund der nichtvorhandenen Notfallorganisation, sowie der exorbitant hohen Reinigungskosten, die an einem Wochenende zusätzlich anfallen würden, nicht zur Verfügung gestellt.

Wir bitten Sie höflich, folgende Fragen zu beantworten:

1. Kann das Hallenbad des HPSZ Olten, das aus Steuergeldern bezahlt wurde, für externe Nutzer und Nutzerinnen/Mieter und Mieterinnen geschlossen werden?
2. Gibt es andere Möglichkeiten, die Sicherheit ausserhalb der regulären Schulzeit für die Benutzung des Hallenbades zu gewährleisten?
3. Setzt sich der Kanton genügend dafür ein, dass ein gut funktionierendes System mit vielen freiwilligen, vereintechnischen Akteuren gefördert wird und vorhandene Angebote auch in Zukunft genutzt werden können?

Dass coronabedingt im Moment eine Spezialsituation in Schulen und in Hallenbädern besteht, ist uns klar. Die Anfrage gilt entsprechend für die Zeit danach, wenn die Benutzung der Hallenbäder wieder gelockert werden kann und Vereinsbetriebe ihre Angebote in diesen Infrastrukturen mit einem normalen Aufwand wieder aufnehmen zu können: Unser Ziel ist es, unsere Angebote nach den Frühlingsferien (Ende April) wieder starten zu können!

Begründung 26.01.2022: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Marianne Wyss (1)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Mitteilungen

Mutationen im Mitgliederverzeichnis

Streichen:

- **Simone Wyss Send, Grüne**

Neu aufnehmen:

- **Rebekka Matter-Linder, Grüne:** geb. 10.4.1982; Sozialarbeiterin FH; Gehrenstrasse 9, 4566 Oekingen; Tel: 079 502 11 44; Mail: rebekka.matter@gmail.com

Fraktionssitzungen

FDP.Die Liberalen: Donnerstag, 17. März 2022, 19.00 Uhr, Wallierhof, Riedholz

Grüne: Dienstag, 15. März 2022, 18.30 Uhr, Restaurant Kreuz (Bar), Solothurn

SP/junge SP: Mittwoch, 16. März 2022, 19.15 Uhr, Gleis 13, Olten

SVP: Mittwoch, 16. März 2022, 19.00 Uhr, Restaurant Waldheim, Kestenholz

Die Mitte - EVP: Donnerstag, 17. März 2022, 18.00 Uhr, Landgasthof Ochsen, Mümliswil

glp: Donnerstag, 17. März 2022, 18.00 Uhr, Helion, Zuchwil

Ratsleitung*Präsidium:*

- P: Vögeli Nadine (SP)
 1. VP: Koch Hauser Susanne (Die Mitte)
 2. VP: Lupi Marco (FDP.Die Liberalen)

Fraktionsvorsitzende:

- Ammann Markus (SP/junge SP)
 Conti Roberto (SVP)
 Lüthi Thomas (glp)
 Ochsenbein Michael (Die Mitte – EVP)
 Spielmann Markus (FDP.Die Liberalen)
 Wyss Flück Barbara (Grüne)

Stimmenzähler/innen

- Aletti Melina, junge SP
 Cartier Daniel, FDP.Die Liberalen
 Koch Hauser Susanne, Die Mitte

- Läng Adrian, SVP
 Schauwecker Christof, Grüne

Ständige Kommissionen**Finanzkommission**

- P: Borner Matthias, SVP
 VP: Thalmann Christian, FDP.Die Liberalen
 Aschberger Richard, SVP
 Bill Remo, SP
 Bürki Simon, SP
 Flück Heinz, Grüne
 Gloor Fabian, Die Mitte
 Gurtner Walter, SVP

- Kälin Karin, SP
 Koch Hauser Susanne, Die Mitte
 Michel Simon, FDP.Die Liberalen
 Plüss David, FDP.Die Liberalen
 Probst Daniel, FDP.Die Liberalen
 Walther Jonas, glp
 Wyss André, EVP

Geschäftsprüfungskommission

- P: Arnet Philippe, FDP.Die Liberalen
 VP: Dick Markus, SVP
 VP: Schlatter Patrick, Die Mitte
 Aletti Melina, junge SP
 Ammann Markus, SP
 Beer Samuel, glp
 Fischer Tobias, SVP
 Friker Patrick, CVP

- Gerke David, Grüne
 Hug Stefan, SP
 Läng Adrian, SVP
 Lindemann Georg, FDP.Die Liberalen
 Schauwecker Christof, Grüne
 Widmer Marie-Theres, Die Mitte
 Wyss Hansueli, FDP.Die Liberalen

Justizkommission

- P: Urech Daniel, Grüne
 VP: Huber Urs, SP
 VP: Kissling Karin, Die Mitte
 Bartholdi Johanna, FDP.Die Liberalen
 Eng-Meister Rea, Die Mitte
 Fluri Josef, SVP
 Häner David, FDP.Die Liberalen
 Nünlist Stefan, FDP.Die Liberalen

- Ruchti Werner, SVP
 Romy Farah, SP
 Rusterholz Simone, glp
 Schreiber Sarah, Die Mitte
 Unterlerchner Urs, FDP.Die Liberalen
 Vögeli Nadine, SP
 Wyssmann Rémy, SVP

Bildungs- und Kulturkommission

- P: Mühlemann Vescovi Tamara, Die Mitte
 VP: Fröhlicher Silvia, SP
 VP: Künzli Beat, SVP
 Conti Roberto, SVP
 Eggs Janine, Grüne
 Kreuchi Freddy, FDP.Die Liberalen
 Kumpli Michael, FDP.Die Liberalen
 Lupi Marco, FDP.Die Liberalen

- Meier-Moreno Matthias, Die Mitte
 Meppiel Andrea, SVP
 Nützi Daniel, Die Mitte
 Rütli Christine, SVP
 Stricker Mathias, SP
 Wyss Nicole, SP

vakant

Sozial- und Gesundheitskommission

P: Stocker Luzia, SP
 VP: Studer Thomas, Die Mitte
 Cartier Daniel, FDP.Die Liberalen
 Engeler Anna, Grüne
 Giger Thomas, SVP
 Ginsig Christian, glp
 Jäggi Hardy, SP
 Jeggli Rolf, Die Mitte

Leibundgut Barbara, FDP.Die Liberalen
 Ritschard Stephanie, SVP
 Rohner Franziska, SP
 Späti Beat, FDP.Die Liberalen
 Stöckli Silvia, SVP
 Vöggtli Bruno, Die Mitte
 Wyss Flück Barbara, Grüne

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

P: Winkler Mark, FDP.Die Liberalen
 VP: Kupper Edgar, Die Mitte
 Anderegg Matthias, SP
 Brons Johannes, SVP
 Esslinger Simon, SP
 Flury Martin, FDP.Die Liberalen
 Frey Schär Myriam, Grüne
 Gasser Kuno, Die Mitte

Heri Philipp, SP
 Jeker Sibylle, SVP
 Kunz Kevin, SVP
 Lüthi Thomas, glp
 Nussbaumer Georg, Die Mitte
 Rufer Martin, FDP.Die Liberalen
 von Sury-Thomas Susan, Die Mitte

Redaktionskommission

P: Fürst Thomas, FDP.Die Liberalen
 VP: von Däniken Benjamin, Die Mitte
 Ruf Philippe, SVP

Spezialkommissionen**«Digitalisierung Kantonsrat»**

Co-P: Engeler Anna, Grüne
 Co-P: Häner David, FDP.Die Liberalen
 Ammann Markus, SP

Aschberger Richard, SVP
 Ginsig Christian, glp
 von Däniken Benjamin, Die Mitte

Interparlamentarische Gremien**Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz (IPK)**

Von Amtes wegen:

Präsident/in (Vögeli Nadine, SP)
 I.Vizepräsident/in (Koch Hauser Susanne, Die Mitte)

Ordentliche Mitglieder:

Gasser Kuno, Die Mitte
 Rohr Jennifer, SVP
 Wyss Hansueli, FDP.Die Liberalen

Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission Polizeischule Hitzkirch (IPK Hitzkirch)

Bartholdi Johanna, FDP.Die Liberalen

Kisling Karin, Die Mitte

Interparlamentarische Kommission der Fachhochschule Nordwestschweiz (IPK FHNW)^{*)}

Fischer Marlene, Grüne
 Kumpli Michael, FDP.Die Liberalen
 Nützi Daniel, Die Mitte

Ruf Philippe, SVP
 Wyss Marianne, SP

Oberrheinrat

Gasser Kuno, Die Mitte